

## Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

## Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

2·20

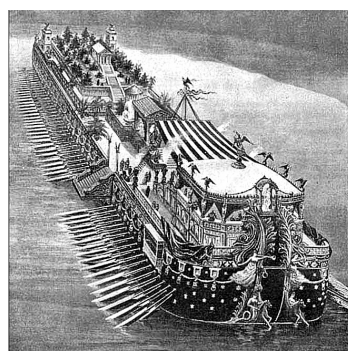
60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36  
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59  
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

Das ehrgeizige Ziel dieser Ausgabe war es, Corona oder Covid19 nicht einmal zu erwähnen. Wir haben es nicht ganz geschafft, da einige Rechtsgebiete – wie das Versicherungsrecht oder das Familienrecht – zurzeit von C19 dominiert werden. Die Pandemie wird bald überwunden werden, fraglich sind die Spätfolgen. Wir befürchten eine Welt, in der alles auf der Couch stattfindet. Der Amazon-Boom wird möglicherweise weiter zur Verödung der Städte führen... Aber wir sind optimistisch. Am Ende der Pandemie werden alle Leute raus auf die Straße kommen, die Städte bevölkern und statt online wieder real einkaufen. So soll es sein!

*L'obiettivo ambizioso di questa lettera ai clienti era di riuscire a non nominare neanche una volta il Corona Virus o COVID 19. Non ci siamo riusciti, in quanto attualmente alcuni settori del diritto, come il diritto delle assicurazioni o di famiglia, sono dominati dal C19. La pandemia verrà ben presto superata e ci interroghiamo sulle conseguenze a lungo termine. Temiamo un mondo in cui tutto avverrà sul divano. Il Boom di Amazon comporterà la desertificazione delle città... ma siamo ottimisti, alla fine della pandemia tutte le persone usciranno in strada, ripopoleranno le città e acquisteranno non più online, ma di persona. E così sia!*

### Aus dem Inhalt - All'interno

|  |    |
|--|----|
| <b>Neues für Alle/Ultime per tutti</b>                                     |    |
| Messe abgesagt – Wer zahlt das Hotel?                                      | 2  |
| Fiera cancellata – chi paga l'albergo?                                     | 3  |
| <b>Neues aus Googleland/Ultime da Googlelandia</b>                         |    |
| Schlechte Bewertungen für alle   | 4  |
| Recensioni negative per tutti  | 5  |
| <b>Steuerrecht/Diritto fiscale</b>   |    |
| Kein Pardon für Tiziano Ferro  | 6  |
| Nessun perdono per Tiziano Ferro   | 7  |
| <b>Informationen für Kollegen/Informazioni per colleghi</b>                |    |
| Erfundene Mandanten  | 8  |
| Clients inventati  | 9  |
| <b>Familienrecht/Diritto di famiglia</b>                                   |    |
| Kontaktlose Scheidungen  | 10 |
| Divorzi a distanza   | 11 |
| <b>Immobilienseite/pagina immobiliare</b>                                  |    |
| Der Superbonus ist da!   | 12 |
| È arrivato il superbonus!  | 13 |
| <b>Transportrecht/Diritto dei trasporti</b>                                |    |
| Mediation und Transportverträge  | 14 |
| Mediazione e contratti di trasporto  | 15 |
| <b>Neues aus dem All (und Japan!)/Ultime dallo spazio (e dal Giappone)</b> | 16 |
| <b>Schreibt uns!/Scriveteci!</b>   | 16 |



MS Caligula (s. Seite 6. Transportrecht/  
v. pag.6 diritto dei trasporti)

## NEUES AUS ITALIEN

### Grenzüberschreitende Tätigkeit für Freiberufler und Dienstleister erleichtert

Italien ist das Mutterland der Bürokratie. Es sieht Zulassungsbeschränkungen von jeder Art von Dienstleistungen vor, beginnend mit dem Erfordernis, in einem bestimmten Register eingetragen zu sein, eine gebührenpflichtige Lizenz zu beantragen, einen italienischen Wohnsitz vorzuweisen – wenn nicht gar die Staatsbürgerschaft – usw. Wenn auch mit Verspätung, hat der italienische Gesetzgeber jetzt die Richtlinie (EU) 2018/958 vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen eingeführt (Decreto legislativo 16.10.2010, n. 142). Eine neue Vorschrift zum Abbau von Vorschriften!

### Reform der Class Action

Noch vor Jahresende sollte das italienische Parlament die Reform der „class action“ beschließen, die zu einigen interessanten Änderungen führen wird. Zum einen wird der Anwendungsbereich, der bislang nur Verbrauchern vorbehalten war, auf alle Rechtssubjekte, so auch Freiberufler und Unternehmer erweitert. Klagebefugt werden alle gemeinnützigen Vereine, die darlegen können, homogene Interessen einer bestimmten Gruppe zu vertreten. Wenn

das Gericht die Klage zulässt, wird ein Klagerregister eröffnet, dem sich jeder Betroffene anschließen kann.

Wirtschaftsnahe Verbände kritisieren, dass in Zukunft Betroffene auch nach der Entscheidung sich der Klage anschließen können. Dies würde eine Risikoaburteilung für das beklagte Unternehmen vor Abschluss des Verfahrens unmöglich machen. Der ursprünglich für den 19.11.2020 vorgesehen Beschluss ist um 6 Monate verschoben worden – also erst im nächsten Jahr!

In Deutschland wird demgegenüber mit Spannung auf die Richtlinie zur Einführung einer Europäischen Verbandsklage gewartet, auf die sich die Mitgliedsstaaten schon am 30.6.2020 geeinigt haben. Der Erfolg der schon bestehenden Musterfeststellungsklage (der Mandantenbrief berichtete ausführlich) hält sich in Grenzen. Seit ihrer Einführung im November 2018 sind nur 13 Klagen (!) bundesweit zugelassen worden.

### Einzug der deutschen Fahrerlaubnis durch italienische Behörde unzulässig

Das sardische Verwaltungsgericht (TAR Sardegna v. 27.07.2020 375/20) hat den Einzug einer deutschen Fahrerlaubnis eines Fahrzeugführers für unzulässig erklärt, der die Frist für die Ummeldung seiner Fah-

rerlaubnis (zwei Jahre nach Umzug von Deutschland nach Italien) verpasst hatte. Er stellte erst vier Jahre später den Antrag, die Behörde nahm ihn darauf den Führerschein ab. Die italienischen Richter sind der Auffassung, dass zwar eine Ordnungswidrigkeit vorliegt, die mit Geldstrafe sanktioniert werden kann, ein Entzug der Fahrerlaubnis aber nur dann in Frage kommt, wenn begründete Zweifel an der Fahrtüchtigkeit des Antragstellers bestehen. Diese lagen im entschiedenen Fall nicht vor, der Führerschein musste wieder herausgegeben werden.

## NEUES AUS DEUTSCHLAND

### Porsche unter Beschuss

Der Bundesgerichtshof (16.06.2020, II ZB 10/19) hat eine Musterfeststellungsklage der vom Dieselskandal geschädigten Aktionäre der Porsche SE gegen Porsche SE zugelassen. Es geht um über 1 Milliarde Euro. Die geschädigten Aktionäre sind der Ansicht, dass sie zu viel für ihre Aktien bezahlt haben. Hätte VW und dann auch Porsche die Öffentlichkeit früher über den Dieselskandal informiert, wären die Aktien billiger gewesen.

## NEUES FÜR JEDEN

### Messe abgesagt – was ist nun mit den Hotelkosten?

Die Teilnahme an internationalen Messen erfordert die Hotelunterbringung des Personals für die Dauer der Messe und wird oft weit im Voraus organisiert und bezahlt. In letzter Zeit kommt es in Deutschland aufgrund der gesundheitlichen Risiken im Zusammenhang mit dem neuen Corona-Virus vermehrt zur Verschiebung oder Absage von Veranstaltungen durch die verschiedenen Messeveranstalter, was den teil-

nehmenden Unternehmen nicht wenige Schwierigkeiten bereitet. Eine davon ist die Frage der Hotelkosten, deren Rückerstattung viele Hotels unter Hinweis auf ihre Stornobedingungen verweigern und als Stornogebühr teilweise das volle Entgelt, sonst einen Prozentsatz zwischen 90 und 60 % je nach gebuchter Leistung (mit/ohne Frühstück/Halbpension usw.) einbehalten. Die normalen Stornobedingungen des einzelnen Hotels sind jedoch nicht anwendbar, wenn die Teilnahme an der Messe als Geschäftsgrundlage

für den Beherbergungsvertrag angesehen werden kann, insbesondere wenn sich herausstellt, dass die Messe für beide Parteien der entscheidende Grund für die gebuchte Leistung war. Für solche Fälle sieht das BGB ein Recht auf Vertragsanpassung oder, wenn eine Umbuchung unmöglich oder unzumutbar ist, ein Rücktrittsrecht zugunsten des Gastunternehmens vor, welches daher vom Hotel verlangen kann, die Reservierung auf einen anderen Termin zu verlegen oder den vollen gezahlten Betrag zurückzuerstatten. CA

## NEUES AUS FRANKFURT A.M. UND ROM

### Korrupter Korruptionsbekämpfer

„Die ganze Welt ist ein Dorf“ ist eine in Italien sehr verbreitete Redensart, die der deutschen Redensart „Hier wird auch nur mit Wasser gekocht“ annähernd entspricht. Die nachfolgende Nachricht soll all diejenigen italienischen Kollegen trösten, die in Deutschland das Musterland für Recht und Ordnung sehen.

Der Frankfurter Oberstaatsanwalt, der in Hessen für die Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen zuständig war, hatte dem Unternehmen eines Schulfreundes regelmäßig Gutachten zugeführt, die dann alles andere als perfekt erstellt wurden, und mit denen beschuldigte Ärzte oder Krankenträger unter Druck gesetzt wurden. Dafür erhielt der Staatsanwalt vom Schulfreund bis zu 4000 Euro monatlich, die er mit einer EC-Karte in Teilbeträgen von 300-400 Euro regelmäßig abhob. Aufgeflogen ist er durch eine anonyme Anzeige, die nach Infor-

mationen von „Bild“ und „Handelsblatt“ von seiner verlassenen Freundin stammte, die an dem gehobenen Lebensstandard nicht mehr teilhaben durfte.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unseren Beitrag im letzten Mandantenbrief (Nr.48) über den erheblichen Unterschied in der Vergütung zwischen italienischen und deutschen Staatsanwälten. Italienische Staatsanwälte verdienen ca. doppelt so viel wie ihre deutschen Kollegen.

### Schwiegervater von Giuseppe Conte nach wie vor vorbestraft

Der Hotelier, der in Italien die Tourismussteuer, die er vom Gast einzieht, nicht abführt, wurde bislang wegen Unterschlagung verfolgt. Der Schwiegervater des italienischen Ministerpräsidenten Conte, der in Italien ein römisches Luxushotel führt (Hotel Plaza), musste dies leidvoll erfahren. Eine von Kritikern als

„Lex Schwiegervater“ bezeichnete und in dem Gesetzesdekrets „decreto rilancio“ vom 19.05.2020 eingeführte Norm, die die Nichtabführung zu einer einfachen Ordnungswidrigkeit herabstufte, hätte dem Herrn Schwiegervater wieder ein sauberes Führungszeugnis ohne jede Vorstrafe beschert. Die Staatsanwaltschaft Rom ist jedoch anderer Meinung und hat nach eingehender Prüfung die nachvollziehbare Auffassung vertreten, dass das Gesetzesdekret nicht rückwirkend gelten kann (Quelle: La Repubblica vom 11.09.2020). In der Tat, in jedem italienischen Gerichtssaal hängt der Spruch „La legge è uguale per tutti“.

Der Artikel ist so schön, dass wir ihn so gelassen haben. Er hat etwas märchenhaftes. Das Landgericht Rom hat mittlerweile die rückwirkende strafbefreiende Wirkung doch festgestellt (GUP di Roma, del 23.11.2020, 1515/2020, Quelle Sole 24 Ore vom 24.11.2020).

## ULTIME DALL'ITALIA

### Semplificazioni nell'attività transfrontaliere per liberi professionisti e fornitori di servizi

L'Italia è la patria della burocrazia. Impone restrizioni per l'ammissione a tutti i tipi di servizi, a partire dall'obbligo di essere iscritti in un apposito registro, di richiedere una licenza soggetta a oneri, di avere una residenza italiana - se non addirittura la cittadinanza - ecc. Anche se tardivamente, il legislatore italiano ha ora introdotto la Direttiva (UE) 2018/958 del 28 giugno 2018 sulla verifica della proporzionalità prima dell'adozione di una nuova regolamentazione delle professioni (Decreto legislativo 16.10.2010, n. 142). Un nuovo regolamento per ridurre i regolamenti!

### Riforma della Class Action

Il Parlamento italiano dovrebbe decidere sulla riforma della "class action", che porterà ad alcuni interessanti cambiamenti. In primo luogo, il campo di applicazione, che prima era riservato ai soli consumatori, sarà esteso a tutte le persone giuridiche, compresi i liberi professionisti e gli imprenditori. Tutte le associazioni senza scopo di lucro hanno il diritto di intraprendere azioni legali se possono dimostrare di rappresentare gli interessi omogenei di un determinato gruppo. Se il tribunale ammette l'azione, verrà

aperto un registro delle azioni, al quale ogni interessato può aderire.

Le associazioni vicine al mondo dell'industria criticano il fatto che in futuro le persone colpite potranno aderire alla causa anche dopo che la decisione sarà stata presa. Ciò renderebbe impossibile una valutazione del rischio per la società convenuta prima della conclusione del procedimento. La decisione originariamente prevista per il 19.11.2020 è stata rinviata di 6 mesi - quindi non prima del prossimo anno!

In Germania, invece, si attende con il fiato sospeso la direttiva sull'introduzione di un'azione collettiva europea, sulla quale gli Stati membri si sono già accordati il 30.6.2020. Il successo dell'azione di accertamento del modello già esistente (Musterfeststellungsklage - la lettera del cliente ha già riferito in dettaglio) è limitato. Dalla sua introduzione nel novembre 2018 sono state ammesse a livello nazionale solo 13 azioni (!).

### Illegittimo il ritiro della patente di guida tedesca da parte delle autorità italiane

Il Tribunale amministrativo sardo (TAR Sardegna v. 27.07.2020 375/20) ha dichiarato illegittimo il ritiro della patente di guida tedesca ad un conducente che non aveva rispettato il termine per la nuova

immatricolazione (entro due anni dal trasferimento dalla Germania all'Italia). Egli ha presentato la domanda di conversione solo quattro anni dopo e le autorità gli hanno ritirato la patente di guida. I giudici italiani ritengono che, sebbene sia stato commesso un illecito amministrativo sanzionabile con una multa, la patente di guida può essere ritirata solo in presenza di ragionevoli dubbi sull'idoneità alla guida del richiedente. Questi non erano sufficienti nel caso deciso, e la patente di guida ha dovuto essere riconsegnata.

## ULTIME DALLA GERMANIA

### Porsche sotto tiro

Il BGH (16.06.2020, II ZB 10/19) ha ammesso una azione collettiva tedesca (c.d. Musterfeststellungsklage) degli azionisti della Porsche SE danneggiati dallo scandalo diesel contro Porsche SE. Stiamo parlando di oltre un miliardo di euro. Gli azionisti danneggiati ritengono di aver pagato troppo per le loro azioni. Se VW e poi anche Porsche avessero informato prima il pubblico dello scandalo del diesel, le azioni sarebbero state più economiche.

## ULTIME PER TUTTI

### Fiera cancellata - e le spese d'albergo?

La partecipazione a fiere internazionali richiede la sistemazione alberghiera del proprio personale per la durata della fiera e viene spesso organizzata (e pagata) con molto anticipo. Ultimamente, a causa dell'emergenza sanitaria dovuta al Covid-19, in Germania aumentano i casi di spostamento o cancellazione di eventi commerciali da parte dei diversi enti fieristici, creando così diverse difficoltà per le imprese partecipanti. Una tra queste, la questione delle preno-

tazioni alberghiere, che molti hotel si rifiutano di rimborsare con riferimento alle proprie condizioni di cancellazione, trattenendo se non l'intera quota, una percentuale che oscilla tra il 90 e il 60 % a seconda del servizio prenotato (con/senza colazione/ mezza pensione ecc.). Tuttavia, la normale policy di cancellazione del singolo albergo non trova applicazione nei casi in cui la partecipazione alla fiera può essere considerata la base negoziale del contratto alberghiero, in particolare se risulta che lo svolgimento

della fiera costituiva per entrambe le parti il motivo determinante per la prestazione prenotata. In questi casi il codice civile tedesco (BGB) prevede un diritto all'adattamento contrattuale o, se una modifica della prenotazione risulta impossibile o inaccettabile, un diritto di recesso a favore dell'impresa ospite, che potrà pertanto chiedere all'hotel lo spostamento della prenotazione ad altra data o il rimborso integrale di quanto versato. CA

## ULTIME DA FRANCOFORTE E ROMA

### PM corrotto

"Tutto il mondo è paese" è un detto molto comune in Italia, simile al detto tedesco "anche qui si cucina con l'acqua". Il seguente intervento vuole essere di conforto a tutti i colleghi italiani che vedono la Germania come il paese modello per l'ordine pubblico.

Il procuratore generale di Francoforte, responsabile in Assia per la lotta alla corruzione nel sistema sanitario, aveva fornito regolarmente perizie all'azienda di un compagno di scuola, all'epoca tutt'altro che perfette e con le quali i medici e titolari degli ospedali accusati venivano messi sotto pressione. In cambio, il pubblico ministero riceveva fino a 4000 Euro al mese dal compagno di scuola, prelevando poi con regolarità importi di 300-400 Euro. È stato scoperto dietro denuncia anonima, che, secondo le informazioni di "Bild" e "Handelsblatt", proveniva dalla sua ex-fidanzata, esclusa dal tenore di vita notevolmente arricchito.

In merito rimandiamo al nostro articolo dell'ultima newsletter (n.48) sulla notevole differenza di remunerazione tra i pubblici ministeri italiani e tedeschi. I pubblici ministeri italiani guadagnano circa il doppio dei loro colleghi tedeschi.

### Il suocero di Giuseppe Conte ancora sotto censura

L'albergatore, che in Italia non riversa la tassa di soggiorno che riscuote dall'ospite, viene indagato per appropriazione indebita. Il suocero del primo ministro italiano Conte, che gestisce un albergo di lusso romano in Italia (Hotel Plaza), ne ha dovuto subire le conseguenze. Una norma chiamata "ex suocero" dalla critica e introdotta nel decreto rilancio del 19.05.2020, che ha declassato il mancato versamento allo Stato a semplice illecito amministrativo, avrebbe consentito al suocero di ottenere una fedina penale pulita senza precedenti penali. La Procura della Repubblica di Roma

è tuttavia di diverso parere e dopo un attento esame è giunta alla comprensibile conclusione che il decreto non può essere applicato retroattivamente (fonte: La Repubblica dell'11.09.2020). Infatti, in ogni tribunale italiano c'è un detto: "La legge è uguale per tutti".

L'articolo è così bello, che l'abbiamo lasciato così com'è. Sa di una fiaba. Nel frattempo il GUP di Roma (23.11.2020, 1515/2020) ha riconosciuto la retroattività della legge (fonte: Sole 24 Ore del 24.11.2020).



## ARBEITSRECHT

### Auskunftsanspruch des Arbeitgebers nach Kündigung

In Italien ist der Wiedereinstellungsanspruch nach einer unbegründeten Kündigung („tutela reale“ des Arbeitsverhältnisses) in den letzten Jahren im Wesentlichen abgeschafft worden. In Deutschland gilt er nach wie vor, wobei eine nicht sozial gerechtfertigte Kündigung das Arbeitsverhältnis gar nicht erst beendet. Der gekündigte Arbeitnehmer wird im technischen Sinne, wenn er, ggfs. erst nach mehreren Jahren Prozessdauer über mehrere Instanzen, den Prozess gegen den Arbeitgeber gewonnen hat, nicht „wieder“ eingestellt - er wird so behandelt, als ob ihm nie gekündigt worden wäre. Das führt für den Arbeitgeber zu einem erheblichen Risiko der Nachzahlung von Vergütungsansprüchen für die gesamte Prozessdauer (=Annahmeverzug).

Der Arbeitgeber hat aber zumindest einen Anspruch auf Anrechnung dessen, was der Arbeitnehmer während der Prozessdauer dadurch erlangt, dass er seine Arbeitskraft in zumutbarer Weise verwertet oder dies böswillig unterlässt. Der Arbeitgeber kann den Arbeitnehmer zum Beispiel unter bestimmten Voraussetzungen auffordern, solange der Prozess nicht entschieden ist, bei ihm weiter zu arbeiten (sogenanntes Prozessbeschäftigungsverhältnis). Er hat aber auch einen Anspruch gegen den Arbeitnehmer auf Auskunft darüber, welche Arbeitsversu-

che er in dieser Zeit unternimmt. Wie das BAG jetzt entschieden hat, und dadurch seine bisherige Rechtsprechung ändert, hat er auch einen Auskunftsanspruch über die von der Agentur für Arbeit unterbreiteten Vermittlungsvorschläge unter Nennung von Tätigkeit, Arbeitszeit, Arbeitsort und Vergütung (U.v. 27.05.2020, 5 AZR 387/19).

Diese Entscheidung ist von hoher praktischer Relevanz, da der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer, der zumutbare Arbeitsangebote der Agentur für Arbeit nicht annimmt, ein böswilliges Unterlassen vorhalten kann, das ihn selbst von der Zahlung der nachträglichen Bruttogehälter, zumindest anteilig, befreien kann. Arbeitgebern wird wohl regelmäßig bei Zahlungsforderungen des Arbeitnehmers auf Vergütung für die Prozessdauer anzuraten sein, zunächst den Auskunftsanspruch geltend zu machen, bevor eine Zahlung erfolgt.

### Keine Zeiterfassung per Fingerabdruck

Wie das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg entschieden hat (24.06.2020, 10 Sa 2130/19) ist eine Zeiterfassung der Arbeitszeiten des Arbeitnehmers durch Fingerabdruck ohne Einwilligung der Arbeitnehmer nicht zulässig. Auch bei Fingerabdrücken handelt es sich um biometrische Daten, deren Speicherung der Arbeitgeber nicht ohne Zustimmung vornehmen kann.

### Italien: Landgericht Palermo stellt erstmals Arbeitnehmereigenschaft bei „Rider“ fest

In Italien werden die Zusteller von online oder telefonisch bestellten Mahlzeiten, mittags oder abends, per Vespa oder Fahrrad, „Rider“ genannt. Sie stellen zahlenmäßig schon eine große Beschäftigungsgruppe dar. Zum ersten Mal in Italien hat das Landgericht Palermo die Arbeitnehmereigenschaft eines solchen „Riders“ anerkannt mit der Folge, dass der Fahrer bei dem multinationalen Unternehmen, bei dem er angestellt war, unbefristet eingestellt werden musste. Dieses hatte ihn zuvor von der Plattform, von der er seine Aufträge bezog, ausgeschlossen.

Das Urteil aus Palermo ist geeignet, die Geschichte der Arbeitswelt in der Gig-Ökonomie zu verändern. Das Urteil geht über das hinaus, das bereits Anfang 2020 in dem Urteil des Kassationshofs Nr. 1663/2020 entschieden wurde, das eine Reihe von Schutzmaßnahmen für Rider verfügte, aber nicht auch die Arbeitnehmereigenschaft feststellte.

Der Gerichtshof von Palermo ordnete die Wiedereinstellung des Arbeitnehmers mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag in Vollzeit an. Darüber hinaus muss dem Arbeitnehmer ein Stundenlohn und kein Akkordlohn gezahlt werden. (Quelle: ansa news vom 23. November 2020).

## NEUES AUS GOOGLELAND

### Schlechte Bewertungen – Egal für wen

Gerne berichten wir in unserem Mandantenbrief von den großen Erfolgen der Kanzlei, sie können vom Leser ohnehin nicht überprüft werden. Heute berichten wir, um die Glaubwürdigkeit der Siegesmeldungen zu steigern, von einer schmerzlichen Niederlage. Der Fall ist aber sicher auch für andere Kollegen interessant.

Ein Partner der Kanzlei, der wiederholt mit US-amerikanischen Kanzleien arbeitet, erhält aus Übersee einen Hinweis, dass unser Google Rating miserabel sei. Das wird offensichtlich in den Vereinigten Staaten vor Mandatsvergabe konsultiert. Es konnte schnell festgestellt werden, dass der Hinweis zutreffend war, wir hatten eine katastrophale Bewertung: Kommt nie mehr zu dieser Kanzlei, alle unfähig.

Die erste sofort ergriffene Maßnahme war es, Freunde und Verwandte anzurufen und um ausgezeichnete Bewertungen zu bitten. Damit konnte das Rating von 1 Stern auf 4,7 Sterne erhöht werden.

Danach haben wir uns der negativen Bewertung zugewandt. Die Beschwerdeführerin war als Mandantin nicht registriert. Es konnte ermittelt werden, dass eine für die Kanzlei tätige Rechtsanwältin, die mit großem Engagement außerhalb der Kanzlei im Migrationsrecht berät und auch Mandanten vertritt, für die unzufriedene Beschwerdeführerin tätig war. Es soll jetzt hier keine Rolle spielen, dass die Beschwerde inhaltlich vollkommen unbegründet war; wir haben Google mit dem einfachen Argument aufgefordert,

die Bewertung zu streichen, weil sie die Kanzlei schlicht nicht betrifft.

Eine Bewertung ohne Kontakt ist unzulässig. Die Beschwerdeführerin hatte die Kanzlei nie beauftragt und die Räume der Kanzlei nie betreten.

Das Landgericht Frankfurt am Main bewertete den Umstand, dass die betroffene Rechtsanwältin auf unserem Briefkopf steht, für ausreichend, um einen hinreichenden Bezug zur Kritik der gesamten Kanzlei zu rechtfertigen und wies unseren Antrag auf Löschung ab.

Wir halten das Urteil für falsch und haben Berufung eingelegt. Unser Kollege, der den Termin vor dem Landgericht wahrgenommen hat, war so verärgert, dass er den Richtern noch zurief: Was würdet ihr sagen, wenn man euch auf der Grundlage von Leistungen einer anderen Kammer bewerten würde? Er erntete eisiges Schweigen.

Wir werden über den Ausgang der Berufung berichten und können mit unserer Bewertung von 4,7 Sternen gut leben. In Deutschland sind die von unzufriedenen Kunden, Mandanten, Patienten abgegebenen Bewertungen aber insbesondere für jene Freiberufler sehr ernst zu nehmen, die über einen regen Publikumsverkehr verfügen. Viele Ärzte werden in Deutschland nach ebendiesen Patientenbewertungen ausgesucht. Eine falsche Bewertung kann zu einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden führen.

(Zum Deliktgerichtsstand nach EuGVVO bei Klagen gegen ein Bewertungsportal siehe BGH v. 14.01.2020, VI ZR 496/18).

## ZIVILVERFAHREN

### BEA: Fristwahrende Schriftsätze nur signiert oder aus dem eigenen Fach

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in einer Entscheidung (14.09.2020, 6 AZB 23/20) folgendes klargestellt: Ein über BEA übermittelter Schriftsatz hat fristwahrende Wirkung, wenn er signiert ist oder wenn er aus dem eigenen Fach des Rechtsanwalts stammt. Übersendet beispielsweise ein Partner einer Sozietät aus seinem Fach einen unsignierten Schriftsatz, den ein anderer Rechtsanwalt der Sozietät unterschreibt, ist die Frist nicht gewahrt.

### Einleitung des Mediationsverfahrens durch den Gläubiger

In Italien ist ein Mediationsversuch vor Klageerhebung in einigen Rechtsgebieten (zum Beispiel in Erbschaftsangelegenheiten) obligatorisch. Der Gläubiger einer Forderung kann indes den Erlass eines Mahnbescheids auch ohne Vornahme eines Mediationsversuchs beantragen. Durch den Widerspruch wird ggfs. ein kontradiktorisches Verfahren eingeleitet, das in den genannten Rechtsgebieten die Mediation vorschreibt. Bislang sahen einige italienische Instanzgerichte und die dritte Kammer des Kassationshofes den Schuldner in der Pflicht, das Mediationsverfahren einzuleiten. Diese für die Praxis relevante Frage haben jetzt die vereinigten Senate des Kassationshofes am 19.09.2020 (19596/2020) entschieden: Es ist Aufgabe des Gläubigers, das Mediationsverfahren einzuleiten. Bleibt er also untätig, wird der erlassene Mahnbescheid aufgehoben werden.

## DIRITTO DEL LAVORO

### **Diritto del datore di lavoro all'informazione dopo il licenziamento**

Nel corso degli ultimi anni, il diritto alla reintegra nel posto di lavoro dopo un licenziamento illegittimo ("tutela reale" del rapporto di lavoro) è stato in gran parte ridotto in Italia. In Germania è ancora valido, anche se un licenziamento privo di una giustificazione socialmente rilevante non pone fine al rapporto di lavoro. Il dipendente licenziato non viene "reintegrato" in senso tecnico se ha vinto la causa contro il datore di lavoro, eventualmente solo dopo diversi anni di contenzioso attraverso vari gradi di giudizio - viene trattato come se non fosse mai stato licenziato. Ciò comporta il notevole rischio per il datore di lavoro di dover rimborsare la retribuzione per l'intera durata della causa (= mancata accettazione).

Tuttavia, il datore di lavoro può almeno vantare il diritto a compensare quanto dovuto con quanto guadagnato dal lavoratore durante la durata del processo utilizzando ragionevolmente la sua capacità lavorativa o con quanto avrebbe guadagnato se non si fosse astenuto dolosamente dal farlo. Ad esempio, il datore di lavoro può, a determinate condizioni, chiedere al dipendente di continuare a lavorare per lui fintanto che il processo non si è concluso (il cosiddetto rapporto di occupazione nel corso di processo). Egli ha anche il diritto di richiedere al dipendente informazioni sui tentativi di lavoro durante questo

periodo. Come ha ora deciso la BAG (Corte Federale del Lavoro), modificando così la sua precedente giurisprudenza, ha anche il diritto a ricevere informazioni sulle proposte di collocamento presentate dall'Agenzia del Lavoro, indicando l'attività, l'orario di lavoro, il luogo di lavoro e la retribuzione (U.v. 27 maggio 2020, 5 AZR 387/19).

Questa decisione è di grande rilevanza pratica, in quanto il datore di lavoro può accusare il dipendente che non accetta ragionevoli offerte di lavoro da parte dell'Agenzia del Lavoro di omissione dolosa, il che può esonerarlo dal pagamento del successivo stipendio lordo, almeno in proporzione. I datori di lavoro saranno probabilmente regolarmente avvisati, in caso di richieste di pagamento da parte del dipendente della retribuzione per la durata del procedimento, di far valere il diritto all'informazione prima di effettuare il pagamento.

### **Nessuna registrazione del tempo tramite impronta digitale**

Come ha deciso il Tribunale del lavoro regionale di Berlino-Brandeburgo (24.06.2020, 10 Sa 2130/19), la registrazione dell'orario di lavoro del dipendente tramite impronta digitale non è consentita senza il consenso del dipendente. Le impronte digitali sono anche dati biometrici e il datore di lavoro non può salvarli senza consenso.

### **Italia: a Palermo prima sentenza che riconosce il rapporto di lavoro subordinato di un rider**

Per la prima volta a livello nazionale una sentenza di un giudice di Palermo ha riconosciuto ad un rider un rapporto di lavoro subordinato e ha disposto che sia assunto a tempo indeterminato dalla multinazionale specializzata in consegne di cibo a domicilio per la quale aveva precedentemente lavorato e che lo aveva disconnesso di punto in bianco dalla piattaforma dalla quale riceveva gli ordini di consegna. Arriva a Palermo una sentenza che, a suo modo, è destinata a fare la storia del mondo del lavoro nella gig economy. Ed infatti è una sentenza che va oltre quanto già statuito all'inizio del 2020 con la pronuncia della Cassazione n. 1663/2020, che riconosceva una serie di tutele per i riders, ma non anche la subordinazione.

Il Tribunale di Palermo ha disposto che il lavoratore venga reintegrato con contratto di lavoro subordinato full time a tempo indeterminato. Il lavoratore, inoltre, dovrà avere uno stipendio orario, non più quindi a cottimo, e a quest'ultimo dovrà essere disposto un risarcimento del danno dal giorno della disconnessione a quello dell'effettivo reintegro e la differenza retributiva tra quanto guadagnato dal rider con il contratto autonomo e quanto gli sarebbe spettato con un contratto di lavoro subordinato. (Fonte: notizia Ansa del 23 novembre 2020).

## ULTIME DA GOOGLANDIA

### **Recensioni negative – non importa per chi**

Riferiamo sempre volentieri dei grandi successi dello studio nella nostra lettera ai clienti, che i lettori non possono comunque mai verificare. Oggi, per aumentare la credibilità dei resoconti dei successi, segnaliamo anche una dolorosa sconfitta. Ma il caso è sicuramente interessante anche per altri colleghi.

Uno dei partner dello studio, che lavora costantemente con studi legali statunitensi, riceve una segnalazione da oltreoceano che il nostro rating su Google è miserabile. A quanto pare, negli Stati Uniti questo viene consultato prima dell'assegnazione di un mandato. Si è subito accertato che la segnalazione era corretta, abbiamo avuto una valutazione disastrosa: "non tornate mai più in questo studio, tutti incompetenti".

La prima azione immediata è stata quella di chiamare amici e parenti e chiedere ottime valutazioni. Questo ci ha permesso di aumentare il nostro rating da 1 stella a 4,7 stelle.

Dopo di che ci siamo occupati della valutazione negativa. L'utente non era registrato come cliente dello studio. Abbiamo poi individuato che un avvocato che lavora per il nostro studio, e che fornisce consulenza con grande impegno al di fuori dello studio in materia di diritto dell'immigrazione e rappresenta anche tali clienti, aveva svolto attività per l'utente insoddisfatto. Ha poca importanza ora che la valutazione negativa era completamente infondata dal punto di vista sostanziale; abbiamo chiesto a Google di cancellare la recensione negativa con la sempli-

ce argomentazione che essa semplicemente non riguardava il nostro studio legale.

Una valutazione senza un contatto è inammissibile. L'utente insoddisfatto non ha mai incaricato il nostro studio e non era mai entrato nei nostri locali.

Il Tribunale ha valutato il fatto che l'avvocato in questione sia sulla nostra carta intestata come sufficiente a giustificare un congruo riferimento alle critiche dell'intero studio e ha quindi respinto la nostra richiesta di cancellazione.

Riteniamo che la sentenza non sia corretta e abbiamo presentato ricorso in appello. Il nostro collega, che ha partecipato all'udienza davanti al Tribunale, era così irritato che ha gridato ai giudici: "Cosa direste se veniste voi giudicati sulla base delle prestazioni in un'altra sezione?" La reazione è stata un gelido silenzio.

Riferiremo sull'esito dell'appello e nel frattempo ben conviviamo con la nostra valutazione di 4,7 stelle. In Germania, tuttavia, le valutazioni date da clienti insoddisfatti, clienti, pazienti sono da prendere molto sul serio, soprattutto per quei liberi professionisti che hanno un gran numero di visitatori. Molti medici in Germania vengono selezionati sulla base di queste stesse valutazioni dei pazienti. Una valutazione errata può portare a notevoli danni economici.

(Per quanto riguarda la competenza giurisdizionale in materia di responsabilità per fatto illecito secondo il regolamento della CGCE in caso di azioni contro un portale di rating, cfr. BGH v. 1401.2020, VI ZR 496/18).

## DIRITTO PROCESSUALE

### **beA: Valgono solo le memorie firmate o inoltrate dalla propria casella elettronica**

Il Tribunale federale tedesco del lavoro (BAG) ha chiarito in merito alla posta certificata ed al processo telematico tedesco (beA) nella sua decisione dd. 14.09.2020 sub RG 6 AZB 23/20 quanto segue: una memoria scritta trasmessa tramite beA risulta depositata nei termini solo se firmata digitalmente o se proviene dalla casella elettronica personale dell'avvocato incaricato del caso. Se dunque, ad esempio, un socio di uno studio legale invia una memoria non firmata digitalmente dallo stesso, ma da altro avvocato dello stesso studio legale, il termine non risulta rispettato.

### **Avvio della procedura di mediazione da parte del creditore**

Come noto, in Italia il tentativo di mediazione è obbligatorio in alcuni settori del diritto (ad esempio, in materia di eredità). Per contro, il creditore di qualsiasi credito può richiedere un decreto ingiuntivo senza esperire il tentativo di mediazione. In caso di opposizione si instaura la procedura ordinaria che può avere ad oggetto anche una materia soggetta a mediazione obbligatoria. Finora, alcuni tribunali italiani e la terza camera della Corte di Cassazione avevano ritenuto che in questi casi il debitore fosse obbligato ad avviare un procedimento di mediazione. Le Sezioni Unite della Corte di Cassazione hanno ora stabilito con sentenza del 19.09.2020 n. 19596 che spetta al creditore avviare la procedura di mediazione. Se rimane inattivo, il DI verrà revocato.

## VERTRIEBSRECHT

### Kein Auskunftsanspruch des Vertragshändlers zur Bemessung des Ausgleichsanspruchs

In der Regel kann der Unternehmer nach Beendigung des Vertragsverhältnisses die vom Handelsvertreter oder Vertragshändler akquirierten Kundenbeziehungen weiter nutzen. Für diese aktiven Geschäftsbeziehungen (Goodwill) zahlt er dem Handelsvertreter oder ggf. dem Vertragshändler (im Gegensatz zum italienischen Recht) eine Abfindung (Ausgleichsanspruch) nach § 89b HGB.

Die Berechnung dieses Ausgleichsanspruches erfolgt in Deutschland nach Formeln, die die Rechtsprechung im Laufe der Jahre entwickelt hat und die auch einen Prognosefaktor enthalten, welche Vorteile der Unternehmer in Zukunft aus den vom Handelsvertreter/Vertragshändler akquirierten Geschäftsbeziehungen ziehen könnte.

Ein Vertragshändler wollte hierfür vom Unternehmer den Rohertrag kennen, den er aus dem Produkt, das Gegenstand des Handelsvertretervertrages war, insgesamt erzielte, und klagte auf Auskunft. Der BGH hat in letzter Instanz entschieden (24.09.2020, VII ZR 69/19), dass ein solcher Anspruch ihm nicht zusteht. Der vom Unternehmen mit einem Produkt erzielte Rohertrag sei keine taugliche Grundlage für die Berechnung der Vorteile des Unternehmers im Sinne des § 89b HGB.

## GESELLSCHAFTSRECHT

### Italien: Kein Unternehmensstrafrecht bei Einmangengesellschaft

Einer der wesentlichen Unterschiede im Gesellschaftsrecht der beiden Länder ist das in Deutschland noch nicht vorhandene Unternehmensstrafrecht. Ein „Gesetz zur Sanktionierung von verbandsbezogenen Straftaten“ liegt als Entwurf der Bundesregierung dem Bundestag vor und wird vielleicht in dieser Legislaturperiode noch verabschiedet. Der italienische Gesetzgeber hat demgegenüber bereits im Jahr 2001 ein Gesetz eingeführt, das zu einer eigenen Verantwortung der Unternehmen bei Verletzung von Compliance-Regeln führt, und neben Geldstrafen auch den Ausschluss des Unternehmens von öffentlichen Ausschreibungen, aber auch ein generelles Verbot weiterer Unternehmenstätigkeit vorsieht (DL 8.6.2001, n. 231).

Deutsche Unternehmer und Manager, die in die Geschäftsführung oder in den Vorstand von italienischen Tochtergesellschaften eintreten, sind sich oft der erheblichen Risiken nicht bewusst. Hier bietet sich ein klassisches Beratungsfeld für grenzüberschreitend tätige Juristen.

Eine für die italienische Rechtspraxis relevante Entscheidung hat jetzt der Ermittlungsrichter in Mailand getroffen. Es hat festgestellt, dass das Unternehmensstrafgesetz 231/2001 nicht auf Gesellschaften mit nur einem Gesellschafter anzuwenden sind. Im entschiedenen Fall ging es um eine mit einer deutschen UG vergleichbaren 1-Euro srl. Der Strafrichter ist der Auffassung, dass man bei einer solchen Einmangengesellschaft keines von der Gesellschaft getrenntes autonomes wirtschaftliches Interesse, das strafwürdig erscheint, feststellen könnte (GIP Milano 971/2020, zitiert nach Sole 24 Ore vom 24.09.2020).

## STEUERRECHT

### Grenzüberschreitende Sitzverlegung: Fortbestehende Steuerpflicht auch nach Löschung aus dem Handelsregister

Die Löschung aus dem Handelsregister führt in Italien grundsätzlich zur Beendigung sämtlicher Rechtsbeziehungen und Verpflichtungen des ehemals eingetragenen Subjekts. Wie der Kassationshof mit Entscheidung vom 6.8.2020 (16775/2020) festgestellt hat, geht dies aber nicht für Unternehmen, die ihren Sitz in das Ausland verlegt haben.

Das italienische Finanzamt hatte an die Anschrift des gesetzlichen Vertreters in Italien nach der Sitzverlegung (und entsprechenden Löschung aus dem Handelsregister) einen Feststellungsbescheid zugestellt. Der Kassationshof hielt die Zustellung für rechtmäßig, da die Sitzverlegung die Identität des Unternehmens wahr und nach italienischem Recht eine Zustellung an die Gesellschaft wahlweise am Sitz der Gesellschaft oder am Wohnsitz des gesetzlichen Vertreters erfolgen kann.

### Einweghandschuhe und Klageschriften als Bemessungsgrundlage

Die italienische Tageszeitung „Sole 24 Ore“ hat in ihrer Ausgabe vom 21.09.2020 über Entscheidungen des italienischen Kassationshofes berichtet, die die Zulässigkeit von Annahmen der Steuerbehörde, aus den Arbeitsmitteln auf das reale Einkommen zu schließen, zum Inhalt hatten. So wurde der Verbrauch von Einweghandschuhen bei Zahnärzten als Berechnungsgrundlage für ihr reales Einkommen zugelassen (Kassationshof 14879/2008); bei Rechtsanwälten galt hierfür die Zahl der Klageschriften. In dem vom Kassationshof entschiedenen Fall hatte ein Rechtsanwalt in dem Bemessungsjahr über 200 Klagen eingereicht und nur 25 Rechnungen

ausgestellt (Kassationshof 740/2009). Das führte zur Neuberechnung des Einkommens und zu einer erheblichen Steuernachzahlung.

### Kein „Perdono“ für Tiziano Ferro

Der Mandantenbrief berichtete wiederholt über den „Scudo fiscale“, den Schutzschirm vor steuerlichen Nachstellungen, der sich dann aufspannt, wenn ein italienischer Steuerpflichtiger sein Vermögen aus dem Ausland wieder nach Italien einführt bzw. angibt. Diesen Weg der straflosen Selbstanzeige beschritt auch Tiziano Ferro, eine der populärsten italienischen Schlagersänger („Perdono“ war auch in Deutschland ein großer Erfolg). Leider vergeblich, da er erst dann reumütig wurde, als er schon von Ermittlungen der Steuerbehörde gegen ihn erfuhr (Kassationshof vom 8.10.2020, 21697/20). Jetzt wird es für den Sänger teuer; er muss sämtliche Sanktionen für sein in Großbritannien angehäuftes Vermögen tragen und Steuern nachzahlen.

### Deutschland erschwert Mehrwertsteuer Rückerstattung – und wird vom EuGH verurteilt

Der EuGH hat in seiner Entscheidung vom 18.11.2020 (C-371/19) die Bundesrepublik Deutschland dazu verurteilt, die Anträge auf Erstattung von Mehrwertsteuer aus Unternehmen anderer Mitgliedsstaaten sorgfältiger zu behandeln. Bislang haben die deutschen Behörden die Erstattungsanträge schlicht abgelehnt, wenn die Belege nicht vollständig dem Antrag angefügt waren. Die Kommission hatte die Bundesrepublik zuvor vergeblich aufgefordert, statt sofort Ablehnungsbescheide zu erlassen, bei den Antragstellern zuerst nachzufragen und die fehlenden Belege oder Informationen nachzufordern. Die Behörden werden sich jetzt umstellen müssen.

## ITALIAN SOUNDING

### Moribus deficiunt: Italian Rosè aus Spanien

Möglicherweise wünscht der echte Weinliebhaber jedem Verbraucher, der einen Wein unter der Bezeichnung „Italian Rosè“ tatsächlich kauft, tagelang Kopfschmerzen. Dennoch gehört auch das Vertrauen des unkundigen Verbrauchers in eine gute italienische Herkunft des Produkts geschützt.

Das Oberlandesgericht Frankfurt sieht dies anders und gestattet einem spanischen Weinhersteller, der die Trauben zwar in Italien geerntet und dort zu einem „Grundwein“ verarbeitet hat, die letzte entscheidende Verarbeitungsstufe aber in Spanien vorgenommen hat (zweite Gärung unter dem Zusatz von Likör, Zucker und Hefe), seinen Wein als „Italian Rosè“ und „Product of Italy“ zu vermarkten.

Das OLG ist der Auffassung, dass die zweite, in Spanien erfolgende Gärung nichts an der

in Italien erfolgten Traubenernte und Verarbeitung zu Wein im Sinne von Art. 45 Abs. 1 der VO (EU) 2019/33) ändere.

Die durchaus weinaffine Redaktion des Mandantenbriefs warnt vor einer Aushöhlung der italienischen Herkunftsbegriffe. Nicht umsonst wird der verpanschte Wein als „Italian Rosè“ und nicht – was rechtlich unproblematisch möglich wäre – als „Spanish Rosè“ vermarktet. Noch ist die Zugkraft einer italienischen Herkunft so stark, dass sie einer positiven Erwartung des Verbrauchers entsprechen kann. Wenn der Verbraucher irgendwann einmal feststellt, es schmeckt eins wie's andere, wird sich das Phänomen des „Italian Sounding“ von selbst erledigen.

## DIRITTO TRIBUTARIO

### Trasferimento transfrontaliero della sede legale: obblighi fiscali permangono anche dopo la cancellazione dal registro delle imprese

In Italia, la cancellazione dal registro delle imprese comporta generalmente la cessazione di tutti i rapporti giuridici e gli obblighi del soggetto precedentemente iscritto. Tuttavia, come ha affermato la Corte di Cassazione nella sua decisione del 6/8/2020 (RG 16775/2020), ciò non si applica alle società che hanno trasferito la loro sede legale all'estero. A seguito del trasferimento della sede legale all'estero (e della cancellazione dal registro delle imprese) l'agenzia delle entrate aveva notificato una cartella presso il recapito nazionale del legale rappresentante. La Corte di Cassazione ha ritenuto legittima la cartella, sia sotto un profilo formale che sostanziale, in quanto il trasferimento della sede legale non fa venir meno l'identità della società e la notificazione può essere effettuata sia presso la sede sociale che presso il domicilio del legale rappresentante.

### Guanti monouso e reclami come base di valutazione

Il quotidiano italiano "Il Sole 24 Ore" ha riportato nell'edizione del 21/9/2020 le decisioni della Corte di Cassazione in merito all'ammissibilità delle presunzioni utilizzate dall'autorità fiscale al fine di calcolare in via deduttiva, tenendo conto del materiale di lavoro, il reddito imponibile. Ad esempio, l'uso di guanti monouso da parte dei dentisti è stato consentito come base per il calcolo del loro reddito (Corte di Cassazione n. 14879/2008); per gli avvocati è stato utilizzato il numero dei ricorsi. Nel caso deciso dalla Corte di Cassazione, un avvocato aveva presentato più di 200 ricorsi ed emesso solo 25 fatture nell'anno incriminato (Corte di Cas-

sazione n. 740/2009). Ciò ha portato alla rideterminazione del reddito e all'accertamento di maggiori imposte.

### Nessun "perdono" per Tiziano Ferro

La lettera ai clienti riferisce regolarmente in merito allo "scudo fiscale", lo scudo che mette al riparo i contribuenti italiani da sanzioni penali e fiscali quando dichiara spontaneamente i propri beni detenuti all'estero. Anche Tiziano Ferro, uno dei più popolari cantanti pop italiani ("Perdono" è stato un grande successo anche in Germania), aveva intrapreso la via della voluntary disclosure. Tuttavia, essendosi "pentito" solo dopo essere venuto a conoscenza di indagini nei suoi confronti da parte delle autorità fiscali, non può profittare dello scudo fiscale (Corte di Cassazione n. 21697/20 dd. 8/10/2020.). Ora la vicenda diventa onerosa per il cantante, dovendosi far carico di tutte le imposte e delle sanzioni relative al patrimonio accumulato nel Regno Unito.

### La Germania ostacola il rimborso dell'IVA e viene condannata dalla Corte di giustizia dell'Unione Europea

Con decisione del 18 novembre 2020 (C-371/19) la Corte di giustizia dell'Unione Europea ha ordinato alla Germania di trattare con maggiore attenzione le domande di rimborso dell'IVA presentate da imprese di altri Stati membri. Finora le autorità tedesche hanno rigettato le domande di rimborso per le quali non erano stati allegati tutti i documenti giustificativi. La Commissione aveva già sollecitato invano la Germania a invitare i richiedenti a trasmettere i documenti o le informazioni mancanti, in luogo di emettere immediatamente dei provvedimenti di rigetto. Le autorità dovranno ora adeguarsi a tale decisione.

## ITALIAN SOUNDING

### Moribus deficiunt: Rosè italiano dalla Spagna

È probabile che un enologo possa augurare ad un consumatore che acquista effettivamente un vino con il nome "Rosè Italiano" il mal di testa per 3 giorni. Ciononostante occorre tutelare anche il consumatore inesperto che confida nella reale origine italiana del prodotto.

La Corte d'Appello di Francoforte (OLG Frankfurt) ha però una visione diversa e permette ad un produttore di vino spagnolo che ha raccolto le uve in Italia e le ha trasformate in un "vino base", ma che ha effettuato l'ultima decisiva fase di lavorazione in Spagna (seconda fermentazione con l'aggiunta di liquore, zucchero e lievito), di commercializzare il suo vino come "Rosè italiano" e "Prodotto d'Italia".

L'OLG ritiene che la seconda fermentazione effettuata in Spagna non alteri la vendemmia e la tra-

sformazione in vino in Italia ai sensi dell'art. 45, comma 1, del Regolamento (UE) 2019/33.

I redattori di questa lettera ai clienti, che hanno una forte passione per il vino, ravvisano un abuso dei termini di origine italiana. Non a caso il vino modificato viene commercializzato come "Rosè italiano" e non - cosa che sarebbe giuridicamente non problematica - come "Rosè spagnolo". Il fascino della designazione di un'origine italiana è ancora così forte da poter soddisfare un'aspettativa positiva del consumatore. Se a un certo punto il consumatore scoprirà che una cosa ha lo stesso sapore di un'altra, il fenomeno dell'"Italian sounding" si risolverà da solo.



## DISTRIBUZIONE

### Diritto della distribuzione

Nessun diritto di informazione del concessionario ai fini della quantificazione dell'indennità di fine rapporto.

Solitamente il preponente può continuare a fruire dei rapporti commerciali acquisiti dall'agente di commercio o dal concessionario anche dopo la cessazione del rapporto contrattuale. Per questi rapporti commerciali attivi (avviamento) egli è tenuto a corrispondere all'agente di commercio o eventualmente al concessionario (l'indennità del concessionario non è invece contemplata dalla legge italiana), un'indennità di fine rapporto ai sensi del § 89 comma 1 HGB (codice commerciale tedesco).

In Germania tale indennità viene calcolata utilizzando formule sviluppate dalla giurisprudenza nel corso degli anni e che includono anche una previsione dei benefici futuri che il preponente può trarre dai rapporti commerciali acquisiti dall'agente o dal concessionario.

In tal contesto un concessionario aveva richiesto al preponente, citandolo in giudizio, di comunicargli l'utile lordo realizzato in relazione al prodotto oggetto del rapporto. Il BGH (Corte federale tedesca) ha deciso in ultima istanza (24/09/2020, VII ZR 69/19) che il concessionario non aveva diritto a tali informazioni. L'utile lordo realizzato dal preponente in riferimento al prodotto oggetto del contratto non costituirebbe un'adeguata base di calcolo ai fini dei vantaggi per l'imprenditore ex § 89b HGB.

## DIRITTO SOCIETARIO

### Italia: nessuna legge penale societaria per la società unipersonale

Una delle principali differenze nel diritto societario dei due paesi è il diritto penale societario che non esiste ancora in Germania. Il governo tedesco ha presentato al parlamento un disegno di legge denominato "Legge per la repressione dei reati associativi", che potrà essere approvato durante questa legislatura. Il legislatore italiano aveva introdotto già nel 2001 una legge che rende le società responsabili delle violazioni delle norme di compliance e che prevede, oltre alle sanzioni pecuniarie, anche l'esclusione della società dagli appalti pubblici e il divieto generale di svolgere ulteriori attività imprenditoriali (DL n. 231 del 8/6/2001).

Gli imprenditori e i manager tedeschi che entrano a far parte del management o del consiglio di amministrazione delle controllate italiane spesso non sono consapevoli dei notevoli rischi che ne derivano. Si tratta di un classico campo di consulenza per gli avvocati transfrontalieri.

Una decisione interessante per la prassi giuridica italiana è stata presa da un giudice per le indagini preliminari di Milano. Secondo tale decisione la legge 231/2001 non è applicabile alle società unipersonali. Il caso deciso riguardava una Srl semplificata con capitale di 1 Euro paragonabile ad una "UG" tedesca. Il giudice penale ha ritenuto che nel caso di una società unipersonale non sia possibile accertare un interesse economico autonomo, diverso da quello della società, meritevole di pena (GIP Milano n. 971/2020, citata nel Sole 24 Ore del 24/09/2020). In tal caso il diritto penale e il diritto civile seguono strade divergenti.

## INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

### Grundstückskauf von deutschem Grundstück nur vor deutschem Notar

Ein in Deutschland gelegenes Grundstück kann nur bei Anwesenheit der Kaufparteien vor einem deutschen Notar wirksam protokolliert werden. Der BGH (Beschluss vom 13.2.2020, V ZB 3/16) hat entschieden, dass die Formvorschrift des § 925 Abs. 1 Satz 1 BGB zwingend die Beteiligung eines deutschen Notars erfordert. Daran würden auch europarechtliche Erwägungen nichts ändern. Die Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit sei auch verhältnismäßig. Im Ausland wohnhafte Parteien, die ein deutsches Grundstück übertragen wollten, könnten sich auch an einen deutschen Konsulatsbeamten wenden.

Der BGH erinnert in diesem Zusammenhang, dass diese Formstrenge nicht auch für die Übertragung von Geschäftsanteilen einer GmbH nach § 15 Abs. 3 GmbHG gilt. Wie mehrfach im Mandantenbrief berichtet, kann eine solche auch vor einem Schweizer Notar oder auch – soweit die entsprechenden Formvorschriften von einem italienischen Notar beachtet werden – in Italien protokolliert werden.

### Schadensersatzanspruch des Mandanten gegen eigenen Rechtsanwalt – nur innerhalb der Zweiwochenfrist nach Kenntnis des Grundes

Der BGH (Urteil vom 16.7.2020 -IX ZR 298/19) hat eine Entscheidung getroffen, die der Kreativität einiger Kollegen bei der Generierung von Umsatz für die eigene Familie Grenzen setzt. Ein Investor hatte bei einem wohl unzulässigen Anlagemodell einen Schaden erlitten und beauftragte einen Rechtsanwalt, seine Schadensersatzansprüche gerichtlich geltend zu machen. Dem Rechtsanwalt gelang es, ein günstiges Vergleichsangebot vor Gericht auszuhandeln, nach dem 60 % der Klageforderung hätten gezahlt werden sollen. Den Abschluss des Vergleichs machte der Rechtsanwalt aber davon abhängig, dass der Mandant gleichzeitig die GmbH seiner Ehefrau beauftragen solle, die mit „Recherchehilfe und banktechnische Kompetenz“ ihm ideal unterstützen könne und nur ein geringen Provisionssatz der Vergleichssumme kosten würde. Nach einigem Hin und Her kündigte der Mandant, der offensichtlich keine Recherchehilfe und banktechnische Kompetenz benötigte, das Mandat; er beauftragte einen anderen Rechtsanwalt, der den Vergleich auch ohne Unterstützung seiner Ehefrau abschloss.

Die Pflichtverletzungen im Anwaltsvertrag des ersten Rechtsanwaltes sind zweifellos vorhanden. Nach deutschem Recht muss aber ein Schadensersatzanspruch aus einem Dienstverhältnis bei einer fristlosen Kündigung, die der Dienstleistende zu vertreten hat, innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis des Kündigungsgrundes geltend gemacht werden (§ § 626, 628 II BGB). Diese Frist hatte der Mandant, der seinen ersten Rechtsanwalt auf Erstattung der Kosten für den unnötigen zweiten Rechtsanwalt verklagte, verpasst. Er hätte eine klare fristgebundene Weisung für den Abschluss des Vergleichs setzen müssen und nach Fristablauf unverzüglich kündigen müssen.

Die Entscheidung ist grenzüberschreitend auch für italienische Korrespondenzanwälte interessant,

die im Auftrag ihrer Mandanten deutsche Rechtsanwälte beauftragen und sich manchmal über Umstände wundern, die mit den unterschiedlichen Verhältnissen in Deutschland begründet werden.

### Italien: Aufstand der Referendare

Italien kennt nicht die Ausbildung zum Einheitsjuristen; wer erfolgreich das Universitätsexamen in Rechtswissenschaft bestanden hat, muss nach einem mehrjährigen Praktikum bei einem Rechtsanwalt das sogenannte Rechtsanwaltsexamen bestehen. Coronabedingt haben sich im Jahr 2020 Besonderheiten beim mündlichen Abschlussexamen ergeben; die Kandidaten mussten zunächst acht Monate auf das Ergebnis ihrer in Dezember 2019 geschriebenen Klausuren warten und nur 35 % der Kandidaten haben das schriftliche Examen bestanden. Die Prüfungsausschüsse haben sich nur online getroffen, Begründungen wurden – wie in Italien allerdings üblich – nicht geliefert.

Der Verband der Anwaltspraktikanten Aipav hat den prekären Umstand dem Präsidenten der Republik angezeigt. Es wird unter anderem vermutet, dass die Rechtsanwälte in den Prüfungsausschüssen allein schon, um sich zukünftige Konkurrenz vom Hals zu halten, im Zweifel durchfallen lassen. *Honi soitt qui mal y pense.*

### 80.000 Euro allein für Akteneinsicht

Das Recht auf eine effektive Verteidigung kann in Italien zu einer kostspieligen Angelegenheit werden, die sich nicht jeder leisten kann. In einem Maxiprozess gegen die Ndrangheta in Catanzaro gegen 479 Beschuldigte verlangt die dortige Staatsanwaltschaft von einem Verteidiger für die Anfertigung von Kopien der ersten 237 Ordner der Akte 35.000 Euro, für die weiteren, bis zum Abschluss der Ermittlungen angefallenen 80.000 Aktenseiten, weitere 48.000 Euro. Die für die Erstellung der Kopien notwendige Digitalisierung sei eben sehr aufwendig (Quelle: Corriere della Sera vom 30.6.2020).

### Erfundene Mandanten

In dem großen NSU Prozess, in dem das Landgericht München die Morde der Neonazi-Bande aufgeklärt hat, wurde auch eine von einem Rechtsanwalt vertretene Nebenklägerin zugelassen, die – wie sich später herausstellte – nie existiert hat. Der Rechtsanwalt, der behauptete, die Mandantin immer nur über einen Mittelsmann kontaktiert zu haben, erhielt vom Staat für seine Vertretung insgesamt 211.000 Euro.

Nachdem der Schwindel aufgefliegen ist, steht jetzt der Kollege selbst vor Gericht. Er soll einen Teil der Gebühren bereits zurückgezahlt haben. Ihm wird auch vorgeworfen, in dem großen „Love-Parade“-Prozess in Duisburg, der unzureichende Sicherheitsvorkehrungen bei einer großen Musikveranstaltung, bei der viele junge Menschen gestorben sind, zum Inhalt hatte, ebenfalls ein Phantom vertreten zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat eine Freiheitsstrafe auf Bewährung von 2 Jahren und ein zweijähriges Berufsverbot beantragt. Das Urteil lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Wir kommentieren ungern Verfehlungen von Kollegen. Hier sind wir aber der Auffassung, dass sämtliche ethischen Grenzen überschritten werden, wenn man jahrelang zu jedem Prozesstag neben wirklichen Opfern sitzt, die ein unermessliches Leid erfahren haben, und eine falsche Betroffenheit heuchelt.

### Ansprüche von Dritte aus dem Anwaltsvertrag

Eine rechtlich interessante und praktisch sehr relevante Frage ist, ob Dritte aus einem Anwaltsvertrag, den sie nicht mit dem Rechtsanwalt geschlossen haben, gegen den Rechtsanwalt Ansprüche geltend machen können.

Eine Frau und ihre beiden Töchter erlitten einen schweren Verkehrsunfall. Die Frau beauftragte einen Rechtsanwalt, der alle Ansprüche mit der Versicherung ordnungsgemäß regelte. Jahre später hatten die Töchter Folgeschäden, die sie wegen der eingetretenen Verjährung nicht mehr gegen die Versicherung geltend machen konnten. Sie warfen dem Rechtsanwalt vor, dass er seinerzeit darauf hinweisen hätte müssen, dass die Töchter zur Vermeidung der Verjährung auch eigene Ansprüche hätten geltend machen mussten.

Der BGH (9.7.2020, IX ZR 289/19) hat anwaltsfreundlich festgestellt, dass der Anwaltsvertrag grundsätzlich ohne eine ausdrückliche Regelung Schutzwirkungen zugunsten Dritter nicht entfaltet. Die Entscheidung ist mit dem Fehlen der Voraussetzungen des von der deutschen Rechtsprechung entwickelten Institut des Vertrages mit Schutzwirkungen zugunsten Dritter begründet. Hier fehlt es schon an der ersten Voraussetzung der „Leistungsnahe“. Es ist nicht davon auszugehen, dass ein Anwalt, der das Mandat eines Familienmitgliedes erhält, automatisch auch die Interessen der anderen Familienmitglieder wahrzunehmen hat.



## BREAKING NEWS

### Mauterstattung in Deutschland

Nach einem EUGH-Urteil vom 28.10.2020 (C-321/19) ist der Posten „Verkehrspolizei“, der in den Infrastrukturkosten der von den Frachtführern auf deutschen Autobahnen geforderten (und bezahlten) Maut enthalten ist, nicht EU-Konform; es ist nun möglich, die Erstattung dieses Postens zu fordern. Für die Maut 2017 muss bis zum 31.12.2020 ein Antrag auf Rückerstattung gestellt werden, sonst verjährt der Anspruch. Für weitere Informationen steht Frau RA Marilena Bacci gern zur Verfügung: m.bacci@dolce.de.



## INFORMAZIONI PER COLLEGHI

**Acquisti di immobili siti sul territorio tedesco solo davanti ad un notaio tedesco**

Un immobile situato in Germania può essere efficacemente venduto solo in presenza delle parti della compravendita davanti a un notaio tedesco. E non sussistono neanche eventuali considerazioni di diritto europeo contrarie. La Corte federale di giustizia (BGH - ordinanza del 13.2.2020, V ZB 3/16) ha deciso che il requisito formale di cui al § 925 comma 1 comma 1 BGB/CC tedesco richiede necessariamente l'intervento di un notaio tedesco. Nemmeno considerazioni di diritto europeo sarebbero contrarie. Anche la restrizione alla libera prestazione di servizi viene ritenuta proporzionata. I soggetti residenti all'estero che volessero trasferire un immobile tedesco, potrebbero rivolgersi anche a un funzionario consolare tedesco.

In questo contesto, la Corte federale di giustizia ricorda che questo rigore formale non si applica anche al trasferimento di quote di una GmbH ai sensi del § 15, comma 3, GmbHG. Come riportato più volte nella nostra lettera ai clienti, tale trasferimento può essere stipulato anche davanti a un notaio svizzero o - nella misura in cui i corrispondenti requisiti formali siano rispettati da un notaio italiano - in Italia.

**Richiesta di risarcimento danni del cliente nei confronti del proprio avvocato – Solo entro le due settimane successive alla conoscenza del motivo**

La Corte federale di giustizia (BGH, sentenza del 16.7.2020 -IX ZR 298/19) ha preso una decisione che pone dei limiti alla creatività di alcuni colleghi nel generare fatturato per la propria famiglia. Un investitore aveva subito un danno in seguito ad un piano di investimento, probabilmente inammissibile, e aveva incaricato un avvocato di far valere le sue richieste di risarcimento in tribunale. L'avvocato era in seguito riuscito a negoziare un'offerta di transazione favorevole in tribunale, secondo la quale il 60% del credito avrebbe dovuto essere pagato. Tuttavia, l'avvocato ha fatto dipendere la conclusione della transazione dal fatto che il cliente dovesse contemporaneamente commissionare alla SRL della moglie, che avrebbe potuto coadiuvarlo in "assistenza nella ricerca e competenza bancaria" e che gli sarebbe costato solo una piccola percentuale di commissione della somma oggetto della transazione. Dopo un po' di tergiversazione, il cliente, che ovviamente non aveva bisogno di assistenza nella ricerca e di competenze bancarie, revocava il mandato; assumeva quindi un altro avvocato, che concludeva poi l'accordo anche senza il sostegno della moglie.

Le violazioni dei doveri dell'avvocato del primo mandato sono indubbiamente presenti. Secondo il diritto tedesco, tuttavia, in caso di risoluzione del mandato senza preavviso, di cui il fornitore di servizi è responsabile, il diritto al risarcimento dei danni derivanti da un rapporto di prestazioni di servizi deve essere fatto valere entro due settimane dalla conoscenza del motivo della risoluzione del rapporto, (§ 626.628 II BGB). Il cliente che ha citato in giudizio il suo primo avvocato per il rimborso delle spese, inutili, del secondo avvocato, non aveva rispettato questo termine. Egli avrebbe dovuto dare una chiara istruzione, soggetta a termine, per la conclusione della transazione giudiziale,

e avrebbe dovuto revocare il mandato immediatamente dopo la scadenza infruttuosa del termine.

La decisione è di interesse transfrontaliero anche per gli avvocati corrispondenti italiani, che incaricano avvocati tedeschi per conto dei loro clienti e talvolta si sorprendono su fatti e circostanze che vengono giustificati dai diversi rapporti vigenti in Germania.

**Italia: La rivolta dei praticanti avvocato**

L'Italia non ha la formazione per diventare giurista "unitario"; chi ha superato con successo lo studio di giurisprudenza deve superare il cosiddetto esame di avvocato dopo diversi anni di tirocinio da un avvocato. A causa del corona-virus, ci sono state alcune particolarità nell'esame orale da avvocato del 2020; i candidati hanno dovuto prima aspettare otto mesi per il risultato dei loro esami scritti nel dicembre 2019 e solo il 35% dei candidati ha superato l'esame scritto. Le commissioni esaminatrici si sono riunite solo online; non è stata fornita alcuna motivazione, come è consuetudine in Italia.

L'Associazione Italiana Praticanti Avvocato (Aipavv) ha segnalato la precaria situazione al Presidente della Repubblica. Si sospetta, tra l'altro, che gli avvocati presenti nelle commissioni d'esame non facciano superare l'esame ai candidati, in caso di dubbio, per tenere lontano la futura concorrenza. Honi soit qui mal y pense.

**80.000 Euro solo per la consultazione degli atti**

Il diritto a una difesa efficace può diventare una questione costosa in Italia, che non tutti possono permettersi. In un maxi-processo a Catanzaro contro la 'ndrangheta nei confronti di 479 imputati, la Procura della Repubblica chiede 35.000 euro a un avvocato della difesa per la copia dei primi 237 fascicoli del fascicolo di causa, e altri 48.000 euro per le altre 80.000 pagine di documenti accumulate fino alla conclusione dell'indagine. La digitalizzazione necessaria per la produzione di copie sarebbe molto costosa (fonte: Corriere della Sera del 30.6.2020).

**Clienti inventati**

Nel grande processo NSU, in cui il tribunale regionale di Monaco ha risolto gli omicidi della banda neofascista, è stata ammessa anche una parte civile rappresentata da un avvocato, che - come si è poi scoperto - non è mai esistita. L'avvocato, che sosteneva di aver sempre contattato il cliente solo tramite un intermediario, ha ricevuto dallo Stato un totale di 211.000 euro per la sua rappresentanza.

Ora che la truffa è stata smascherata, il collega stesso è sotto processo. Pare che abbia già restituito parte degli onorari. È anche accusato di aver rappresentato un "fantasma" nel grande processo "Love Parade" a Duisburg, in merito alla morte di molti giovani causate da misure di sicurezza inadeguate in occasione di un grande evento musicale. La Procura della Repubblica ha chiesto una pena di 2 anni con sospensione condizionale e un divieto di esercitare la professione di 2 anni. La sentenza non è ancora disponibile al momento della nostra chiusura redazionale.

Siamo riluttanti a commentare la condotta di colleghi. Ma qui siamo dell'opinione che tutti i confini etici siano stati superati se ci si siede per anni, in

ogni giorno del processo, accanto a vittime reali che hanno vissuto una sofferenza incommensurabile, fingendo una falsa costernazione.

**Diritti di terzi derivanti dal contratto di mandato**

Una questione giuridicamente interessante e in pratica molto rilevante è se terzi possano far valere pretese nei confronti dell'avvocato sulla base di un contratto che essi non hanno stipulato con l'avvocato.

Una donna e le sue due figlie hanno subito un grave incidente stradale. La donna incaricava un avvocato che regolava correttamente tutte le richieste di risarcimento con la compagnia di assicurazione. Anni dopo, le figlie riscontravano danni consequenziali, che non hanno più potuto far valere contro la compagnia di assicurazione a causa della intervenuta prescrizione. Hanno accusato l'avvocato per non averle avvisate del fatto che all'epoca avrebbero dovuto far valere anche loro le proprie pretese per evitare la prescrizione.

Il BGH (9 luglio 2020, IX ZR 289/19) ha dichiarato in modo favorevole per l'avvocato che il contratto dell'avvocato non ha, in linea di principio, effetti protettivi a favore di terzi senza una disposizione esplicita. La decisione si basa sull'assenza dei requisiti dell'istituto del contratto con effetti protettivi a favore di terzi sviluppati dalla giurisprudenza tedesca. Qui manca già il primo presupposto della "vicinanza alle prestazioni". Non si può dare per scontato che un avvocato che riceve il mandato di un membro della famiglia debba automaticamente occuparsi degli interessi degli altri membri della famiglia.



Zweisprachiges Personal  
Arbeitnehmerüberlassung

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666  
info@dlwfrankfurt.de

## ERBRECHT

### Deutsche Erbschaftssteuer: Sanktionen für Nichtinländer werden vom EUGH erneut überprüft

Die Erbschaftssteuer ist eine auf europäischer Ebene nicht harmonisierte Steuer, die aus dem Anwendungsbereich der europäischen Erbschaftsverordnung (Nr. 650 von 2012) ausgeschlossen ist und für die jeder Staat eigenen Bedingungen, Grenzen, Sätze, Freibeträge festlegt, mit dem daraus folgenden Risiko einer doppelten oder sogar dreifachen Besteuerung, wenn der Erbfall Verbindungen zu mehreren Staaten aufweist (Wohnort des Erblassers, Wohnort der Erben, Ort, an dem sich die Vermögenswerte befinden). Um die Belastungen in Grenzen zu halten, haben einige Staaten bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen, was zwischen Italien und Deutschland jedoch nicht erfolgt ist.

Bedenkt man, dass die Steuersätze in Deutschland zwischen 7 und 50% liegen, während sie in Italien höchstens 8% betragen, wird das Interesse der Steuerzahler, die Auswirkungen der deutschen Erbschaftssteuer auf sein Erbe soweit wie möglich zu begrenzen, nachvollziehbar.

Das deutsche Recht (§ 2 ErbStG) sieht vor, dass, wenn weder der Erbe noch der Erblasser als in Deutschland ansässig oder gewöhnlich ansässig anzusehen sind, nur das Vermögen, das nach dem Gesetz als in Deutschland belegen gilt (§ 121 BewG), der Erbschaftsteuer in Deutschland unterliegt. Es bestimmt darüber hinaus, dass die Freibeträge (bspw. 500.000 Euro für Ehegatten, 400.000 Euro für Kinder), in diesen Fällen nicht vollständig, sondern anteilig im Ver-

hältnis zum Gesamtvermögen (auch im Ausland) des Verstorbenen anzuwenden sind, und dass Verbindlichkeiten nur abgezogen werden dürfen, wenn sie mit dem in Deutschland belegenen Vermögen wirtschaftlich verbunden sind. Diese umstrittenen Vorschriften sind bereits das Ergebnis eines früheren Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EUGH C 181/12), werden aber nach einer Vorlage des Finanzgerichts Düsseldorf (Beschluss vom 20. Juli 2020 4 K 1095/20 Erb) dem Europäischen Gerichtshof erneut vorgelegt.

Der Erblasser war ein 2018 verstorbener österreichischer Staatsbürger mit Wohnsitz in Österreich, der seine ebenfalls in Österreich ansässige Tochter als Alleinerbin eingesetzt hatte. Das Erbe bestand aus vier Immobilien in Deutschland, liquides Kapital und einer Immobilie in Spanien. Die Erbin musste mit einer Geldsumme die Pflichtteilrechte des Ehegatten und eines weiteren Kindes des Verstorbenen abgeben. Daraufhin reichte sie in Deutschland die Erbschaftserklärung ein, in der sie beantragte, den gesamten für sie als Tochter vorgesehenen Freibetrag von 400.000 Euro und einen Teil dessen, was sie an die Pflichtteilberechtigten (Ehegatte und Bruder) gezahlt hatte, im Verhältnis zum Anteil des in Deutschland belegenen Nachlasses am Gesamtnachlass abzuziehen.

Das deutsche Finanzamt setzte hingegen die Steuer ohne Abzug der geltend gemachten Verbindlichkeiten fest, da diese nicht in wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem in Deutschland belegenen Vermögen standen, und erkannte nur einen Anteil der Abzugsfähigkeit des Freibetrages im Verhältnis zum

Anteil des Wertes des deutschen Vermögens im Verhältnis zum Gesamtvermögen an.

Gegen diese Festsetzung klagte der Erbe beim Finanzgericht Düsseldorf, das das Verfahren aussetzte und dann den Europäischen Gerichtshof ersuchte, zu prüfen, ob die Grundsätze der Europäischen Union, insbesondere das Recht auf freien Kapitalverkehr (Art. 63 Absatz 1 und 65 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU) stehen im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften eines Staates, die die Besteuerung eines Erwerbs durch Erbschaft einer unterschiedlichen Behandlung unterwerfen, und zwar sowohl im Hinblick auf den anzuwendenden Freibetrag als auch im Hinblick auf die Abzugsfähigkeit von Verbindlichkeiten, je nachdem, ob es sich um eine Person handelt, die in diesem Staat ansässig ist, oder um eine Person, die nicht in diesem Staat ansässig ist.

Wir werden Sie über die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auf dem Laufenden halten.

Abschließend möchten wir daran erinnern, dass für die Zwecke des Erbschaft- und Schenkungssteuerrechts der Status einer Person, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat, für fünf Jahre nach Verlegung ihres Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland bestehen bleibt, wenn diese Person deutscher Staatsangehöriger ist.

Interessant ist, dass das Finanzgericht München entschieden hat, dass diese unterschiedliche Behandlung von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen weder gegen das deutsche Grundgesetz noch gegen EU-Recht verstößt (Urteil vom 3. Juli 2019 4 K 1286/18). AC

## FAMILIENRECHT

### Trennungen und Scheidung aus der Ferne

Im Maßnahmenpaket des „Decreto ristori“ (D.L.n. 137 /2020, 28.10.2020) hat die Regierung, die während des ersten Lockdowns von einigen Gerichten vereinzelt gehandhabte Praxis (siehe unseren Mandantenbrief Nr. 49) in eine Verordnung umgesetzt, und hat nun für die Zeit des Corona-Ausnahmestands (d.h. bis zum 31.01.21 mit Vorbehalt einer Verlängerung) allgemein die Möglichkeit, Trennungs- und Scheidungsanhörungen ohne persönliches Erscheinen der Parteien abzuhalten, vorgesehen. Dies ist dann zulässig, wenn beide Ehegatten einverstanden sind und innerhalb von 15 Tagen nach dem Termin schriftlich anzeigen, dass ihnen die Verfahrensregeln, die die Teilnahme an der Anhörung vorsehen, bekannt sind, dass sie sich frei entschieden haben, auf ihre persönliche Teilnahme an der Anhörung zu verzichten, dass sie sich nicht versöhnen wollen, dass sie die Schlussfolgerungen und Bedingungen der Scheidungs- oder Trennungsklage bestätigen, und dass sie auf die Berufung verzichten wollen. (siehe Art. 23, Abs. 6 des Gesetzesdekrets).

Auch in Deutschland ist ein Scheidungsverfahren ohne persönliche Anwesenheit einer Partei zulässig, wenn das Gericht aus dem Handeln und Verhalten der Parteien erkennt, dass die Ehe endgültig beendet ist

(OLG Oldenburg, Beschluss vom 13.05.2020, 13 UF 20/20).

Wer sich in diesen Zeiten in Italien trennen oder scheiden lassen will, sollte daher einem einvernehmlichen Verfahren den Vorzug geben, da er sonst Gefahr läuft, mehrere Monate auf einen Termin zu warten.

### Freier Zugriff auf das Einkommen des anderen Ehepartners

Der Ehegatte, der einen Unterhaltsanspruch im Trennungsverfahren geltend macht, hat freien Zugang zum Steuerregister, um das Einkommen und Vermögen des anderen Ehegatten einzusehen. Dies wurde vom Consiglio di Stato (Staatsrat – hier als Berufungsinstanz für die Verwaltungsgerichtsbarkeit tätig) festgelegt, der für den anspruchsberechtigten Ehegatten einen uneingeschränkten Zugang zu den Aufzeichnungen und allen Dokumenten im Besitz des Finanzamtes gewährt hat, um das Einkommen des zahlungspflichtigen Ehegatten zu berechnen (Einkommensteuererklärung) und um das Vermögen (Mietverträge) und die finanziellen Beteiligungen (Aufzeichnungen und Daten von Finanzakteuren, Banken, einschließlich des Archivs der Finanzberichte) zu ermitteln.

Der Auskunftsanspruch kann durch einen einfachen Antrag auf einen Kopienauszug im Rahmen des allgemein gewährten Online-Zugangs zur öffentlichen Verwaltung geltend gemacht und vor allem - hier liegt die eigentliche grundlegende Neuheit - außerhalb der in der Zivilprozessordnung für die Vorlage von Urkunden vorgesehene Form ausgeübt werden. Es ist daher nicht mehr notwendig, stellt der Consiglio di Stato fest, die Ermächtigung des Richters im Familienverfahren gem. Art. 492 bis und 155 sexies italienische Zivilprozessordnung einzuholen.

(Consiglio di Stato, Plenarversammlung, vom 25.09.2020, Urteile Nr. 19/20,20/20,21/20)

### Besuchsrechte während der Pandemie

Während der Pandemie ist für eine Flugreise mit einem minderjährigen Kind die Zustimmung des anderen Elternteils erforderlich. Das OLG Braunschweig hält eine Flugreise - während der Pandemie - nicht für eine Angelegenheit des täglichen Lebens. Aus diesem Grund muss die Entscheidung mit dem anderen Elternteil abgesprochen werden. Bei Uneinigkeit überträgt der Richter die Entscheidungsbefugnis auf das Elternteil, das am besten in der Lage ist, die Situation und die Umstände der Reise zu beurteilen (30.07.2020 - 2 UF 88/20). VR

## DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

### Le penalizzazioni per i non residenti previste nell'imposta di successione tedesca nuovamente al vaglio della Corte di Giustizia UE

L'imposta di successione è un'imposta non armonizzata a livello europeo ed esclusa dal campo di applicazione del regolamento europeo sulle successioni (n. 650 del 2012) e per la quale ogni ordinamento fissa i propri presupposti, limiti, aliquote, franchigie, con il conseguente rischio di una doppia o magari anche tripla imposizione nel caso in cui la fattispecie abbia collegamenti con più Stati (luogo di residenza del de cuius, luogo di residenza degli eredi, luogo in cui si trova il patrimonio). Per ridurre l'impatto di questo problema, alcuni Stati hanno stipulato convenzioni bilaterali contro le doppie imposizioni, tuttavia ciò non è accaduto tra l'Italia e la Germania.

Se si considera che le aliquote in Germania spaziano tra l'7 e il 50% mentre in Italia sono al massimo dell'8%, è evidente quale possa essere l'interesse del contribuente di limitare, per quanto possibile, l'impatto dell'imposta di successione tedesca sul proprio acquisto.

La normativa tedesca (§ 2 ErbStG) prevede che nel caso in cui né l'erede, né il de cuius siano da considerare come residenti o domiciliati abitualmente in Germania, solamente il patrimonio ritenuto sito in Germania ai sensi della normativa (§ 121 BewG) sia soggetto all'imposta di successione in Germania,

peraltro stabilisce che la franchigia (per es., 500.000 Euro per i coniugi, 400.000 Euro per i figli), in tali casi debba essere applicata in maniera non piena bensì proporzionalmente rispetto all'intero patrimonio globale (sito anche in altri Stati) del de cuius, ed inoltre che le passività possano essere portate in detrazione unicamente se collegate economicamente al bene sito in Germania. Questa discussa disciplina è già il risultato di un precedente intervento della Corte Europea di Giustizia (sentenza CGUE C 181/12), e viene tuttavia ripresentata all'esame della Corte Europea di Giustizia a seguito di un recente rinvio della corte tributaria di Dusseldorf (ordinanza del 20 luglio 2020 4 K 1095/20 Erb).

Il de cuius era un cittadino austriaco, residente in Austria, deceduto nel 2018, che aveva istituito erede unica la figlia, anch'ella residente in Austria, il patrimonio ereditario era costituito da quattro immobili in Germania, capitale e un immobile in Spagna. L'erede ha dovuto tacitare con una somma di denaro i diritti di legittima del coniuge e di un altro figlio del de cuius. Ha quindi presentato la dichiarazione di successione in Germania chiedendo di detrarre l'intera franchigia di 400.000 Euro prevista per sé quale figlia, e una quota di quanto versato ai legittimari, in proporzione alla quota del valore del patrimonio sito in Germania rispetto all'intero patrimonio.

L'ufficio finanza tedesco ha viceversa liquidato l'imposta ignorando le passività in quanto non in connessione economica con il bene sito in Germania e riconoscendo solo una quota della franchigia, pro-

porzionata alla quota di valore dei beni tedeschi rispetto al patrimonio complessivo.

Contro questa liquidazione l'erede ha presentato ricorso presso la corte tributaria di Dusseldorf, la quale ha sospeso il procedimento domandando quindi alla corte europea di giustizia di verificare se i principi dell'Unione Europea in particolare il diritto alla libera circolazione dei capitali (Art. 63 comma 1 e 65 del Trattato sul funzionamento UE) sono contrari alla normativa di uno Stato che sottopone ad un trattamento differenziato la tassazione di un acquisto per successione, sia sotto il profilo della franchigia applicabile, sia sotto il profilo della deducibilità di passività, a seconda che coinvolgano una persona residente in tale Stato ovvero una persona che non lo è. Vi terremo al corrente sulla decisione della Corte Europea.

Ricordiamo infine che per i cittadini tedeschi, ai fini della normativa sulle imposte di successione e donazione, lo status di persona residente o domiciliata abitualmente in Germania permane per cinque anni dal momento in cui trasferiscono la residenza o il domicilio abituale all'estero.

È interessante rilevare che la corte tributaria di Monaco di Baviera ha escluso che questa differenza di trattamento tra cittadini tedeschi e stranieri sia contraria alla costituzione tedesca o al diritto dell'Unione Europea (Sentenza del 3 luglio 2019 4 K 1286/18). AC

## DIRITTO DI FAMIGLIA

### Separazioni e divorzio da remoto

Nel pacchetto giustizia del Decreto ristori (D.L.n.127/2020, 28.10.2020) il Governo ha recepito la pratica sviluppata durante il primo lockdown soltanto da pochi tribunali (rinvio NL 48) prevedendo ora, a livello nazionale durante il periodo dello stato d'emergenza da Covid-19 (quindi al momento fino al 31.01.2021 ed eventuale proroga), la possibilità di svolgere le udienze di separazione e divorzio consensuali senza la comparizione personale delle parti, se i coniugi sono d'accordo e depositano in via telematica note scritte (entro 15 gg dall'udienza) in cui dichiarano di essere a conoscenza delle norme processuali che prevedono la partecipazione all'udienza, di aver scelto liberamente la possibilità di rinunciare alla partecipazione personale all'udienza, di non volersi conciliare, di confermare le conclusioni e condizioni del ricorso e di voler rinunciare all'appello. (cfr. art 23 co. 6 D.L. citato).

Anche in Germania è concessa la trattazione del divorzio senza la presenza personale di una parte, se il giudice dagli atti e dal comportamento delle parti evince che il matrimonio è definitivamente compromesso (Corte d'Appello Oldenburg, ordinanza del 13.05.2020).

Pertanto, chi volesse separarsi o divorziare in questo periodo dovrebbe privilegiare un procedimento

consensuale, altrimenti rischia di attendere diversi mesi per la trattazione della causa.

### Via libera all'accesso dei redditi dell'altro coniuge

Il coniuge, che fa valere nel giudizio di separazione l'assegno di mantenimento, potrà accedere liberamente all'anagrafe tributaria per conoscere i redditi ed il patrimonio dell'altro coniuge. Lo ha stabilito il Consiglio di Stato, che ha concesso l'accesso pieno agli atti e a tutti i documenti posseduti dall'Agenzia delle Entrate, al fine di ricostruire i dati reddituali (la dichiarazione dei redditi) patrimoniali (i contratti di locazione immobiliare) e finanziari (gli atti e dati provenienti dagli operatori finanziari, banche, compreso l'archivio dei rapporti finanziari) del coniuge tenuto al mantenimento. Il diritto all'accesso può essere esercitato mediante semplice richiesta di estrazione copia seguendo le modalità telematiche di accesso alla Pubblica Amministrazione e soprattutto – ecco la vera novità fondamentale – al di fuori delle forme previste dal codice di procedura civile per l'acquisizione dei documenti. Non è quindi più necessaria, chiarisce il Consiglio di Stato, l'autorizzazione del giudice nei procedimenti di famiglia (cfr. art. 492 bis e 155 sexies cpc)

(Consiglio di Stato, Adunanza Plenaria, sentenze n. 19,20,21)

### Diritto di visita durante la pandemia

Nel periodo della pandemia intraprendere un viaggio in aereo con il figlio minore necessita del consenso dell'altro genitore. Così ha deciso la Corte d'Appello tedesca, ritenendo un viaggio in aereo – durante la pandemia – un'attività al di fuori della quotidianità. Per tale ragione la decisione deve essere condivisa con l'altro genitore. In caso di disaccordo e mancato consenso, il giudice trasferirà al genitore, che riterrà più idoneo a valutare la situazione e le circostanze del viaggio, il poter decisionale (Corte d'Appello di Braunschweig, ordinanza del 30.07.2020, 2 UF 88/20). VR

Es erscheint im Dezember 2020 die 4.Auflage  
a dicembre esce la 4.edizione

Kaiser / Schnitzler / Schilling / Sanders  
**Bürgerliches Gesetzbuch:**  
**BGB, Band 4: Familienrecht**

mit dem Länderbericht Italien von unserer  
Kollegin Viviana Ramon  
con la relazione sul diritto Italiano del ns.  
Avv. Viviana Ramon

## IMMOBILIENSEITE

### Superbonus 110%: Einmalige Gelegenheit das Haus in Italien auf Kosten des Staates zu sanieren

Mit dem Gesetzesdekret „Rilancio“ (Gesetzesdekret Nr. 34 vom 19. Mai 2020, umgewandelt in Gesetz Nr. 77 und veröffentlicht in der Gazzetta Ufficiale vom 18. Juli) hat die italienische Regierung einen Superbonus auf den Weg gebracht. Für Arbeiten zur energetischen Sanierung, welche zwischen dem 1. Juli 2020 und 31. Dezember 2021 durchgeführt werden wird eine Steuererleichterung in Höhe von 110 % gewährt. Voraussetzung ist die Erhöhung der Energieklasse des Gebäudes um mindestens zwei Stufen, wobei auch die Installation von Photovoltaikanlagen und Ladestationen für elektrische Fahrzeuge berücksichtigt werden.

Der von der italienischen Regierung eingeführte Superbonus wurde auch in einem Leitfadens der Agentur der Einnahmen mit zahlreichen praktischen Fallbeispielen erläutert (s. u.. [https://www.agenziaentrate.gov.it/portale/documents/20143/233439/Guida\\_Superbonus110.pdf/49b34dd3-429e-6891-4af4-c0f0b9f2be69](https://www.agenziaentrate.gov.it/portale/documents/20143/233439/Guida_Superbonus110.pdf/49b34dd3-429e-6891-4af4-c0f0b9f2be69)).

Der Superbonus wird in Höhe von 110 Prozent der Kosten anerkannt, die in fünf gleichen Jahresraten auf die Begünstigten verteilt werden. Der Bonus kann für die vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2021 getätigten, nachgewiesenen Ausgaben zu Lasten des Antragstellers für Bauarbeiten an Gemeinschaftsteile von Eigentümergemeinschaften, unabhängigen Immobilien und einzelnen Immobilieneinheiten (bis maximal zwei) beantragt werden. Hingegen kann er nicht für Eingriffe an Wohneinheiten der Liegenschaftskategorien A1 (herrschaftliche Wohnung), A8 (Landhäuser) und A9 (Schlösser) in Anspruch genommen werden.

Wer kann den Superbonus in Anspruch nehmen?

- Natürliche Personen für Baumaßnahmen in einzelne Immobilieneinheiten bis zu maximal zwei Immobilieneinheiten pro Eigentümer
- Wohnungseigentümergeinschaften für alle Arbeiten auf gemeinsamen Flächen, zum Beispiel: Wärmeisolierung der Außenfassade, Installation oder Austausch der Heizanlage
- Volkswohnbau-Institut IACP (Istituto Autonomo Case Popolari), Wohnbaugenossenschaften mit ungeteiltem Eigentum
- in öffentlichen Verzeichnissen eingetragene Einrichtungen des dritten Sektors: ONLUS, Volontariat-Organisationen, Vereine zur Förderung des Gemeinwesens APS (Associazioni di Promozione Sociale)
- Amateursportverbände und -vereine (für Arbeiten an Immobilien, die als Umkleieräume dienen)

Wie Sie vom Superbonus profitieren können: Es bestehen die Optionen Abzug, Abtretung und Ermäßigung

- Abzug des Steuerguthabens direkt über die Steuererklärung in einem Zeitraum von 5 Jahren
- Abtretung der Steuergutschrift an Dritte, einschließlich Banken
- Rechnungsrabatt von Seiten des Betriebes, welcher die den Superbonus betreffenden Arbeiten ausführt,

von bis zu 100% des Betrages der Maßnahmen einschließlich Mehrwertsteuer. In diesem Fall ist es der ausführende Betrieb, der das Steuerguthaben direkt in einem Zeitraum von 5 Jahren nutzen oder es an Dritte, einschließlich Banken, abtreten kann.

### Neu: Die Bescheinigung über den Rechtsstatus des Vermögens

Das in das Gesetz Nr. 120/2020 umgewandelte Gesetzesdekret „Semplificazioni“ hat viele neue gesetzliche Neuerungen gebracht, unter denen die Einführung der „Bescheinigung über den rechtmäßigen Zustand des Eigentums“ (certificato di stato legittimo dell'immobile) besondere Aufmerksamkeit verdient.

Es handelt sich praktisch um eine Zertifizierung, die den rechtmäßigen Status des Gebäudes bescheinigen kann. Dabei handelt es sich um eine eidesstattliche Erklärung, die im Falle falscher Angaben strafrechtliche Folgen hat. Sie wird von einem qualifizierten Techniker ausgestellt, der bescheinigt, dass die Immobilie in Übereinstimmung mit den städtebaulichen und baurechtlichen Vorschriften gebaut wurde oder dass sie Bautoleranzen aufweist, die die Nutzbarkeit der Immobilie nicht beeinträchtigen.

Diese Bescheinigung ist zwar nicht obligatorisch, kann aber für die Kaufvertragsparteien sehr nützlich sein: Wer zum Beispiel ein Haus kauft, kann dank dieses Dokuments eine eidesstattliche Bescheinigung erhalten, dass die Immobilie gesetzeskonform gebaut wurde und somit kein Missbrauch vorliegt. Eine unzweifelhaft wichtige Garantie für den Käufer, aber auch für den Verkäufer, der auf diese Weise gegen jegliche Streitigkeiten und Klagen geschützt ist. Aus diesem Grund wäre es sicherlich immer ratsam, wenn auch nicht zwingend, sie der notariellen Kaufurkunde beizufügen.

### Kassationsgerichtshof: Ehegatten, die in verschiedenen Gemeinden wohnen, wird die Befreiung vom IMU als Hauptwohnsitz verweigert

Der italienische Kassationsgerichtshof beendet mit der Entscheidung Nr. 20130/2020 die Praxis des (fiktiven) Doppelwohnsitzes in Ferienimmobilien in den Bergen oder am Meer und stellt fest, dass für die Befreiung von der Imu-Zahlung auf eine Immobilie sowohl der Wohnsitz als auch der gewöhnliche Aufenthaltsort des Steuerzahlers und seiner gesamten Familie erforderlich ist. Der Ehepartner muss daher ebenfalls an derselben Adresse wohnen.

Die Gemeinden können nun eine Steuerprüfung einleiten, mit der Möglichkeit, den unbezahlten Imu bis zu fünf Jahre früher zurückzufordern.

Der Kassationsgerichtshof stellte auch klar, dass, wenn die beiden Ehegatten einen unterschiedlichen Wohnsitz angeben, weder das erste noch das zweite Haus als Hauptwohnsitz betrachtet werden kann: daher müssen Steuern für beide Immobilien gezahlt werden.

## NEUES AUS EUROPA

### Schwache Zahlungsmoral: Italienischer Staat vom EuGH verurteilt

Wer in Deutschland einen Auftrag von einer staatlichen Stelle erhält, kann sich in der Regel sicher sein, dass er einen solventen, pünktlich zahlenden Vertragspartner hat. Die durchschnittlichen Zahlungsziele in Deutschland schwanken dabei zwischen acht und 30 Tage. Wir haben oft von der Schockwirkung auf den deutschen Unternehmer berichtet, wenn dieser von in Italien zum Teil üblichen 90 Tagen bis 120 Tagen Zahlungsziel erfährt.

Vor diesem Hintergrund ist der fachkundige Leser der EuGH Entscheidung vom 28.1.2020 (C-122/18) überrascht, soweit im Sachverhalt ausgeführt wird, dass der durchschnittliche Zahlungsverzug des italienischen Staates im Jahr 2016 nur 51 Tage betragen haben soll. Dies reichte den Luxemburgern Richtern aber aus, den italienischen Staat wegen Verstoß seiner Verpflichtungen aus Art. 4, Abs. 3 und 4 der Richtlinie 2011/7 EU zu verurteilen. Danach darf die Zahlungsfrist einer öffentlichen Stelle 30 Kalendertage nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Rechnung oder einer gleichwertigen Zahlungsaufforderung beim Schuldner nicht überschreiten.

Für den Praktiker interessant wäre nun die Frage, ob die Entscheidung den Weg für zivilrechtliche Ansprüche auf Nachzahlung von Zinsen oder sonstigen Schadensersatzforderungen eröffnet.

### Apple in Irland weiterhin (fast) steuerfrei

Das Gericht der Europäischen Union (die Vorinstanz des europäischen Gerichtshofs) hat in dem Streit um die Frage, ob es sich bei den sehr günstigen Steuersätzen, die die Republik Irland dem amerikanischen Konzern gewährt, um unzulässige staatliche Beihilfen handelt, Apple und Irland Recht gegeben und die Klage der Kommission abgewiesen (15.07.2020, Az. T-778/16 u. T-892/16). Es ging um eine Steuernachforderung von 13 Milliarden Euro und um die Klärung eines Präzedenzfalls, der auch andere Steueroasen für ausländische Konzerne wie Luxemburg betroffen hätte. Apple ist es gelungen, die Richter davon zu überzeugen, dass die eigentlichen Werte in den Vereinigten Staaten geschaffen werden würden und dort zu versteuern seien. In einer Pressemitteilung vom 25.9.2020 hat die Kommission erklärt, gegen das Urteil Berufung an den EuGH einzulegen. Es bleibt also spannend.

## NEUES AUS DOLCE · LAUDA

### Martin Cordella erneut Fachanwalt

Stolz verkünden wir, dass die Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main unserem Kollegen Martin Cordella den Titel eines „Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht“ verliehen hat. Martin, der bereits Fachanwalt für internationales Wirtschaftsrecht ist, musste dafür besondere theoretische und praktische Kenntnisse nachweisen. In Deutschland sind die Fachanwaltsbezeichnungen staatlich geschützt.

## PAGINA IMMOBILIARE

**Superbonus 110%: occasione unica per risanare la casa in Italia a spese dello Stato**

Con il decreto legislativo "Rilancio" (decreto legge 19 maggio 2020 n. 34, convertito in legge n. 77 e pubblicato sulla Gazzetta Ufficiale del 18 luglio) il governo italiano ha introdotto il Superbonus. Il decreto prevede una riduzione fiscale del 110% per gli interventi di miglioramento dell'efficienza energetica realizzati tra il 1° luglio 2020 e il 31 dicembre 2021. Tutti gli interventi, ivi compresa l'installazione di impianti fotovoltaici e stazioni di ricarica per veicoli elettrici, devono consentire il miglioramento di almeno 2 classi energetiche dell'edificio.

Il super bonus del 110 per cento introdotto dal governo italiano è stato illustrato anche in una guida dell'Agenzia delle Entrate con numerosi casi di studio pratici (cfr. sotto [https://www.agenziaentrate.gov.it/portale/documents/20143/233439/Guida\\_Superbonus110.pdf/49b34dd3-429e-6891-4af4-c0f0b9f2be69](https://www.agenziaentrate.gov.it/portale/documents/20143/233439/Guida_Superbonus110.pdf/49b34dd3-429e-6891-4af4-c0f0b9f2be69)).

Il Super Bonus è riconosciuto al 110 per cento dei costi, che vengono distribuiti ai beneficiari in cinque rate annuali di pari importo. Il Bonus premio può essere richiesto per le spese comprovate sostenute dal 1° luglio 2020 al 31 dicembre 2021 a carico del richiedente per i lavori di costruzione di parti condominiali, immobili indipendenti e singole unità immobiliari (fino ad un massimo di due). D'altra parte, non può essere rivendicata per interventi su unità abitative delle categorie A1 (abitazioni di tipo signorile), A8 (abitazioni in ville) e A9 (castelli, palazzi di eminenti pregi artistici o storici).

Chi può beneficiarne?

- Persone fisiche per interventi su singole unità immobiliari fino ad un massimo di due per singolo proprietario
- Condomini per tutti i lavori sulle superfici comuni, ad esempio: la realizzazione del cappotto termico, l'installazione o la sostituzione della caldaia
- Istituti autonomi case popolari (IACP), cooperative edilizie di abitazione a proprietà indivisa
- Enti del terzo settore iscritti nei pubblici registri (ONLUS, Organizzazioni di volontariato, associazioni promozione sociale - APS);
- Associazioni e società sportive dilettantistiche (per lavori sugli immobili adibiti a spogliatoi)

Come beneficiare del Superbonus? L'opzione tra detrazione, cessione o sconto in fattura.

Il beneficiario del Superbonus può scegliere tra tre opzioni:

- detrarre il credito fiscale direttamente nella propria dichiarazione dei redditi, in 5 anni
- cedere il credito fiscale a terzi, tra cui istituti di credito
- ottenere dall'impresa esecutrice dei lavori oggetto di Superbonus, uno sconto in fattura fino al 100%

dell'importo degli interventi incluso IVA. In questo caso sarà l'impresa esecutrice ad acquisire il credito fiscale potendo a sua volta fruirla direttamente in 5 anni, oppure optare per la cessione a terzi, tra cui istituti di credito.

**Novità: Il certificato di stato legittimo dell'immobile**

Il decreto semplificazioni convertito con la legge n. 120/2020 ha apportato numerose novità legislative tra le quali merita particolare attenzione l'introduzione del "certificato di stato legittimo dell'immobile".

Si tratta praticamente in una certificazione, in grado di attestare lo stato legittimo del fabbricato, in forma di una dichiarazione asseverata, che comporta delle conseguenze penali in caso di dichiarazioni false, che viene rilasciata da un tecnico abilitato, la quale attesta che l'immobile è stato costruito nel rispetto della legislazione urbanistica ed edilizia o che lo stesso presenta delle tolleranze costruttive che non compromettono l'agibilità dell'immobile.

Sebbene non obbligatorio, tale certificato può risultare molto utile per le parti di una compravendita: così ad esempio, chi sta acquistando una casa, grazie a questo documento, può ricevere una certificazione giurata che l'immobile è stato costruito nel rispetto di quanto previsto dalla legge e che quindi non sono stati commessi abusi. Una garanzia di indubbia utilità per l'acquirente, ma anche per il venditore, che così si tutela contro eventuali contestazioni e azioni legali. Per questo sarebbe certamente sempre consigliabile, anche se non obbligatorio, allegarlo all'atto notarile di compravendita.

**Corte di Cassazione: negata l'esenzione IMU quale abitazione principale ai coniugi residenti in comuni diversi**

La Corte di Cassazione, con la decisione n. 20130/2020, mette fine alla pratica delle doppie residenze (fittizie) nella casa di montagna o al mare, stabilendo che per ottenere l'esenzione dal pagamento dell'Imu su un immobile, questo deve essere sia luogo di residenza che quello di dimora abituale per il contribuente e tutto il suo nucleo familiare. Anche il coniuge dunque deve risultare abitante allo stesso indirizzo.

I Comuni ora possono avviare un accertamento fiscale con la possibilità di recuperare l'Imu non pagata fino a cinque anni prima.

La Cassazione ha chiarito anche che quando i due coniugi dichiarano una residenza diversa, non può essere considerata abitazione principale né la prima né la seconda casa: dunque le imposte vanno versate per entrambi gli immobili.

## ULTIME DALL'EUROPA

**Lo Stato italiano condannato dalla CGCE per mancato rispetto dei termini di pagamento**

Chiunque riceva un contratto da un'agenzia governativa in Germania può di solito essere sicuro di avere un partner contrattuale solvibile che paga puntualmente. I termini medi di pagamento in Germania variano tra gli 8 e i 30 giorni. Abbiamo già riferito in merito al turbamento degli imprenditori tedeschi che vengono a conoscenza di termini di pagamento dai 90 ai 120 giorni comune in Italia.

In questo contesto, il lettore attento rimarrà sorpreso nel leggere che con sentenza del 28.1.2020 (C-122/18) la CdG ha dichiarato che il ritardo medio nei pagamenti da parte dello Stato italiano nel 2016 ammontava a soli 51 giorni. Nondimeno, tale ritardo è stato comunque ritenuto sufficiente da parte dei giudici lussemburghesi per condannare lo Stato italiano per aver violato gli obblighi previsti dall'articolo 4, par. 3 e 4 della Direttiva 2011/7 UE. Secondo queste disposizioni, il periodo di pagamento di un ente pubblico non può superare i 30 giorni di calendario dalla data di ricevimento della fattura o di una richiesta equivalente di pagamento da parte del debitore.

La questione di sapere se la decisione apre la strada a richieste di diritto civile per il successivo pagamento di interessi o altre richieste di risarcimento danni si presenta ora di interesse per gli operatori del settore.

**Apple in Irlanda ancora (quasi) esente dalla tassazione**

Il Tribunale di primo grado dell'Unione Europea (l'istanza inferiore della Corte di Giustizia Europea) si è pronunciato nella controversia sulla questione se le aliquote fiscali molto favorevoli concesse dalla Repubblica d'Irlanda al gruppo americano costituiscano aiuti di Stato illegali e ha respinto il ricorso della Commissione (15.07.2020, Rif. T 778/16 e T 892/16). Il caso riguardava una richiesta di imposte arretrate di 13 miliardi di euro nonché la precisazione di quanto statuito in un caso precedente concernente altri paradisi fiscali per gruppi stranieri come il Lussemburgo. Apple è riuscita a convincere i giudici che il valore reale sarebbe stato creato negli Stati Uniti e che lì sarebbe stato tassabile. In un comunicato stampa del 25.9.2020, la Commissione ha dichiarato che avrebbe presentato ricorso alla Corte di giustizia europea contro la sentenza. Riferiremo sull'esito dell'avvincente questione.

## ULTIME DA DOLCE · LAUDA

**Martin Cordella di nuovo "Fachanwalt"**

Siamo orgogliosi di annunciare che l'Ordine degli Avvocati di Francoforte sul Meno ha conferito al nostro collega Martin Cordella il titolo di "Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht" (Avvocato specializzato in diritto commerciale e societario). Per ottenere tale titolo Martin, già avvocato specializzato in diritto commerciale internazionale, ha dovuto dimostrare di possedere particolari conoscenze teoriche e pratiche. In Germania, il titolo di "Fachanwalt" è protetto.

## TRANSPORTRECHT

### Italien: Gilt das für Verzögerungen bzw. Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen, die durch die Covid-19-Pandemie verursacht wurden, vorgesehene obligatorische Mediationsverfahren auch für (Straßen-)Transportverträge?

Um der fast unvermeidlichen Zunahme von Zivilklagen entgegenzuwirken, die zu einer weiteren Belastung der Justiz sowie zum Nachteil der Wirtschaft führen, hat der ital. Gesetzgeber mit Gesetz Nr. 70/2020 in dem Gesetzesdekret Nr. 6/2020 Art. 3, Absatz 6ter hinzugefügt und das obligatorische Mediationsverfahren für alle Fälle vorgesehen, welche sich aus der Haftung des Schuldners für Verspätungen bzw. Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen ergeben, die infolge der von Covid-19 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eingetreten sind (siehe auch Art. 3, Absatz 6bis der Gesetzesdekret Nr. 6/2020).

Bekanntlich ist die Mediation, ob obligatorisch oder fakultativ, eines der ADR-Instrumente, die auf Wunsch der EU wie auch vom italienischen Gesetzgeber vermehrt eingesetzt werden sollen, um die Arbeitsbelastung der Zivilgerichte zu verringern. Hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des so genannten „obligatorischen Verhandlungsverfahrens mit anwaltlichem Beistand“ auf Straßengüterverkehrsverträge, welche der CMR unterliegen, hatte sich das Landgericht von Verona bereits mit Urteil vom 27.02.2018 geäußert. In Anlehnung an das Urteil des europäischen Gerichtshofs vom 14. Juni 2017 in der Rechtssache C-75/16, wonach ADR-Verfahren dann nicht als EU-konform anzusehen sind, wenn sie a) nicht zu einer für die Parteien verbindlichen Entscheidung führen; b) eine erhebliche Verzögerung der Rechtsverfolgung mit sich bringen; c) nicht der Unterbrechung der Verjährung bzw. der Verwirkung dienen; d) den Parteien erhebliche Kosten verursachen, hat das Landgericht Verona am 16.01.2020 die letztbenannte Voraussetzung aufgegriffen und festgestellt, dass dieses ADR-Verfahren

erhebliche zusätzliche Kosten für die Parteien verursacht, so dass es gegen die europäische Gesetzgebung verstößt und nicht anzuwenden ist.

Auf der Grundlage dieser Argumente stellt sich daher jetzt die Frage, ob das neu hinzugefügte „Covid-19 bedingte obligatorische Mediationsverfahren“ auch im Bereich des (internationalen) Transportrechts gilt. Erste Erwägungen dürften zu einer analogen Anwendung des Arguments führen, dass das Landgericht von Verona in seinem oben zitierten Urteil angenommen hat, wonach der Straßentransport im Rahmen der CMR-Regelung ausschließlich den Vorgaben von Art. 31 der CMR unterliegt. Folglich dürfte das Mediationsverfahren ausgeschlossen sein. Hingegen greift das Kostenargument der zweiten Entscheidung des Landgerichts Verona hier nicht mehr. Wir sind gespannt, wie sich die Rechtsprechung zu diesem Thema entwickeln wird und werden berichten. MB

### Italien: Für die Anmeldung der Forderung aus einem Warenverkauf zur Insolvenztabelle reicht der Nachweis der Übergabe der Güter an den Frachtführer/Spediteur aus

Mit Urteil Nr. 19719 vom 22.09.2020 bekräftigte der ital. Kassationsgerichtshof, dass der Forderungsanspruch des Verkäufers gegen den Käufer mit dem Nachweis der Übergabe der Güter an den Frachtführer bzw. Spediteur als begründet anzusehen ist, da - mangels anderer Vereinbarung - zu diesem Zeitpunkt, gemäß Art. 1510 codice civile, das Eigentum an der Ware auf den Käufer übergeht (in diesem Sinne bereits Urteile des ital. Kassationsgerichtshofes Nr. 13377/2018, 16971/2014 und 2817/99). Der Verkäufer kann daher berechtigtweise seine Forderung zur Insolvenzmasse anmelden. MB

### Veröffentlichung

Wir dürfen auf den Artikel von Frau Rechtsanwältin Bacci über „Die Unmöglichkeit der Leistung

während der Coronavirus Pandemie im Transport-, Speditions- und Logistikrecht: Das Beispiel Italien“, veröffentlicht in TransportR Nr. 6, Juni 2020, Carl Heymanns Verlag, verweisen.

### Zweckfreie Infrastruktur

Die Schiffe von Nemi waren Ausdruck des Größenwahns des römischen Kaisers Caligula, der in seiner nur vierjährigen Amtszeit vieles bewegt hat. Es handelt sich um zwei große Schiffe, über 70 m lang und über 20 m breit, die für einen kleinen See in den Colli Albani, in dem sie nicht einmal eine Seemeile fahren konnten (!), gebaut wurden. Die Herrschaft des Kaisers wurde blutig durch die eigene Garde beendet und man vermutet, dass, um die Zeichen seines Größenwahns zu löschen, die römischen Behörden die völlig zweckfreien Schiffe selbst versenkt haben. Sie wurden in den folgenden Jahrhunderten gesucht und nicht mehr gefunden. Dann kam ein weiterer größenwahnsinniger Herrscher, der 1932 das Wasser vom See abfließen ließ und die gut erhaltenen Schiffe an das Tageslicht brachte. Bereits 1943 wurden sie in einem großen Brand vollkommen zerstört, vielleicht durch die Wehrmacht, vielleicht durch amerikanische Bombenangriffe.

Der Stadtrat von Nemi hat die Sache noch einmal untersuchen lassen und ist jetzt zur Überzeugung gekommen, dass die Nazis schuld waren; ein Kollege aus Florenz wurde beauftragt, die entsprechenden Schadensersatzforderungen stellen. Ende Juli 2020 berichteten sowohl die deutschen wie auch die italienischen Medien über diesen interessanten Fall. Der Gemeinderat hofft, genügend Mittel für eine 3-D Rekonstruktion zu generieren. Wir regen eine gütliche Einigung an und stellen uns als Mediatoren gern zur Verfügung.

## DATENSCHUTZ

### Immaterieller Schadensersatz bei verspäteter Erfüllung des Auskunftsanspruches

Arbeitgeber sehen sich in Deutschland möglicherweise einer Welle von Klagen gegenüber, die Arbeitnehmer geltend machen können, deren Auskunftsansprüche aus Art. 15 DSGVO nicht vollständig oder rechtzeitig erfüllt wurden. Der Auskunftsanspruch soll betroffenen Personen Transparenz über die sie betreffenden Datenverarbeitungen verschaffen.

Das Arbeitsgericht Düsseldorf (Urt. v. 05.03.2020, Az. 9 Ca 6557/18) hat entschieden, dass bereits eine unrichtige Erteilung einer Auskunft einen ersatzfähigen Schaden im Sinne von Art. 82 Abs. 1 DSGVO darstellen kann. Berücksichtigt man zudem Erwägungsgrund 146 der Verordnung, nach der die „betroffene Person einen vollständigen und wirksamen Schadensersatz für den erlittenen Schaden“ erhalten soll, sowie den Umstand, dass die Verordnung autonom ausgelegt werden soll, also nicht

nach den Kriterien des deutschen Rechts, können auf die Arbeitgeber erhebliche immaterielle Schadensersatzansprüche zukommen. Das Arbeitsgericht Düsseldorf hat jedenfalls 5.000,00 Euro immateriellen Schadensersatz dem Arbeitnehmer zugesprochen.

Wenn sich diese Rechtsprechung durchsetzt, ist zu erwarten, dass auch die Trennungskosten steigen werden. Zusätzlich zu der Entschädigung für den Verlust des Arbeitsplatzes wird der gekündigte Arbeitnehmer auch einen immateriellen Schadensersatz für die-in der Regel nicht perfekte – Behandlung seiner Daten fordern.

### Schrems II – Privacy Shield unzureichend – WhatsApp unzulässig

Wie unsere Leser aus den Nachrichten bereits erfahren haben, hat der Europäische Gerichtshof (C 311/18) am 24.7.2020 entschieden, dass die amerikanischen Datenschutzvorschriften „Privacy Shield“

dem europäischen Schutzstandard nicht entsprechen, sodass der Datentransfer nach den Vereinigten Staaten gegen zwingendes europäisches Recht verstößt, wenn die Anbieter die Einhaltung der Regeln nach der DSGVO nicht garantieren können. Da viele Server in den Vereinigten Staaten betrieben werden, steht die gesamte Branche der Datenverarbeitung vor einer echten Herausforderung. Es reicht nicht aus, dass die Betroffenen in die Übersendung der Daten in die Vereinigten Staaten einwilligen, da das Bundesrecht der U.S.A. ein Zugriffsrecht sämtlicher Behörden vorsieht, ohne dass der Betroffene sich dagegen wehren könnte.

Praktische Konsequenz für Rechtsanwälte aber auch für andere Dienstleister, die Daten verarbeiten, ist, dass eine WhatsApp Kommunikation zwischen Anwalt und Mandanten nicht mehr zulässig sein könnte. Sämtliche WhatsApp-Server - WhatsApp gehört zu Facebook - stehen in den Vereinigten Staaten.

## DIRITTO DEI TRASPORTI

**Italia: Mediazione obbligatoria per i ritardi o gli omessi adempimenti delle obbligazioni contrattuali causati dalla pandemia Covid-19 - applicabile anche ai contratti di trasporto (su strada)?**

Per contrastare l'inevitabile aumento di cause civili che comporterebbe un ulteriore appesantimento dell'apparato giudiziario a scapito sia della giustizia che dell'economia in generale, il legislatore ha integrato con la legge 70/2020 l'art. 3 del D.L. 6/2020, prevedendo al comma 6ter la "mediazione obbligatoria per le cause che scaturiscono da una responsabilità del debitore per i ritardi o gli omessi adempimenti delle obbligazioni contrattuali occorsa in virtù delle misure di contenimento della pandemia da COVID-19" (cfr. anche art. 3, comma 6bis del D.L. 6/2020).

Come noto, la mediazione, sia essa obbligatoria o facoltativa, rientra, insieme alla negoziazione assistita (anch'essa obbligatoria o facoltativa), tra gli strumenti ADR fortemente voluti sia dall'UE che dal legislatore italiano al fine di ridurre la mole di lavoro dei tribunali civili.

In merito all'inapplicabilità della negoziazione assistita obbligatoria ai contratti di trasporto su strada soggetti alla CMR si era già espresso il Tribunale di Verona con sentenza del 27.02.2018. All'inizio dell'anno lo stesso Tribunale (cfr. sentenza dd. 16.01.2020) si è allineato alla sentenza della Corte di Giustizia dd. 14.06.2017 nella causa C-75/16, con la quale la curia europea ha statuito che i procedimenti ADR non possono ritenersi compatibili con la tutela giurisdizionale effettiva dei diritti, ove a) non conducano ad una decisione vincolante per le parti, b) comportino un ritardo sostanziale per agire in giudizio, c) non sospendendo la prescrizione e decadenza, d) generino costi ingenti per le parti. In applicazione di tali parametri, il Tribunale di Verona ha ora ritenuto che la negoziazione assistita italiana generi costi ingenti per le parti e contrasti dunque con la normativa europea,

dovendo tale strumento ADR di conseguenza essere disapplicato.

Sulla base di tali argomentazioni si solleva ora la questione se, ex argomento a contrario, trovi invece applicazione la cd. "mediazione obbligatoria-Covid 19" anche in materia di diritto dei trasporti (internazionali). Prime riflessioni porterebbero ad applicare in via analogica l'argomentazione adottata dal Tribunale di Verona nella sua prima sentenza citata, per cui in presenza di trasporto su strada in regime CMR, lo stesso è sottoposto in via esclusiva al dettame dell'art. 31 della CMR e dunque con consequenziale esclusione della negoziazione assistita. Diverso invece il risultato a cui si dovrebbe pervenire nell'ottica della seconda decisione del Tribunale di Verona in presenza di trasporto nazionale. Siamo curiosi di vedere come si evolverà la giurisprudenza in materia. MB

**Italia: ai fini dell'insinuazione al passivo fallimentare la prova dell'avvenuta consegna del bene al vettore/spedizioniere salva il credito del venditore**

Con sentenza dd. 22.09.2020, n. 19719 la Corte di Cassazione ha ribadito che la prova del credito del venditore di merce trasportata nei confronti del compratore può essere raggiunta con la consegna della merce al vettore o allo spedizioniere, perché - in assenza di diversa pattuizione - è in quel momento, ai sensi dell'art. 1510 c.c., che si trasferisce all'acquirente la proprietà dei beni medesimi (in questo senso già Cass. nn. 13377/2018, 16971/2014 e 2817/99). Il venditore può dunque richiedere l'insinuazione al passivo fallimentare del proprio credito. MB

**Pubblicazioni**

Per chi fosse interessato ad approfondire il tema dell'impossibilità della prestazione contrattuale a causa della pandemia da Coronavirus, rinviamo al seguente articolo della collega Bacci: "Die Unmög-

lichkeit der Leistung während der Coronavirus Pandemie im Transport-, Speditions- und Logistikrecht: Das Beispiel Italien", pubblicato in TransportR Nr. 6, Juni 2020, Carl Heymanns Verlag.

**Infrastrutture inutili**

Le navi di Nemi erano espressione della megalomania dell'imperatore romano Caligola, il quale ha smosso molte acque durante il suo breve mandato quadriennale. Si trattava di due grandi navi, lunghe oltre 70 m e larghe oltre 20 m, costruite per un laghetto nei Colli Albani, dove non potevano nemmeno navigare per un miglio nautico (!). Al regno dell'imperatore pose fine la sua stessa guardia con un mare di sangue e si ritiene che, per cancellare i segni della sua megalomania, le stesse autorità romane affondarono le navi (prive di qualsiasi funzionalità). Ricerche effettuate nei secoli successivi non portarono ad alcuna scoperta, le navi non sono mai state ritrovate. Poi succedette un altro sovrano megalomane, che nel 1932 ordinò di fare prosciugare il lago, portando così alla luce del giorno le navi ben conservate. Nel 1943 furono completamente distrutte in un grande incendio, forse dalla Wehrmacht, forse dai bombardamenti americani.

Il Comune di Nemi ha fatto riesaminare la questione ed è giunto ora alla conclusione che la colpa sia dei nazisti; un collega di Firenze è stato incaricato di presentare le opportune richieste di risarcimento. Alla fine di luglio 2020, sia la stampa tedesca che quella italiana hanno riportato questo interessante caso. Il consiglio comunale locale auspica di riuscire a reperire i fondi sufficienti per una ricostruzione in 3D. Sugeriamo un accordo amichevole e siamo lieti di metterci a disposizione come mediatori.

## PRIVACY

**Risarcimento del danno immateriale in caso di adempimento tardivo del diritto all'informazione**

I datori di lavoro in Germania rischiano di trovarsi di fronte a un'ondata di cause legali che possono essere intentate dai dipendenti i cui diritti all'informazione ai sensi dell'art. 15 GDPR non sono stati soddisfatti in pieno o in tempo. Il diritto all'informazione è volto a fornire agli interessati la trasparenza sulle operazioni di trattamento dei dati che li riguardano.

Il Tribunale del lavoro di Düsseldorf (sentenza del 5 marzo 2020, Az. 9 Ca 6557/18) ha deciso che anche un'informazione errata e/o tardiva può costituire - in astratto e in aggiunta al danno da provare concretamente - un danno risarcibile ai sensi dell'art. 82 cpv. 1 GDPR. Se si tiene conto anche dell'esposto 146 del regolamento, secondo il quale "l'interessato riceve un risarcimento completo ed effettivo del danno subito", e del fatto che il regolamento deve essere interpretato in modo autonomo, ossia non secondo i criteri del diritto tedesco, i datori di lavoro possono essere sog-

getti a considerevoli rivendicazioni. In ogni caso, il Tribunale del lavoro di Düsseldorf ha riconosciuto al dipendente un risarcimento di 5000 euro per danni morali. La sentenza non è ancora definitiva.

Se questa giurisprudenza prevarrà, è prevedibile che aumenteranno anche i costi di separazione. Oltre a un eventuale risarcimento per la perdita del posto di lavoro, il dipendente licenziato chiederà anche un risarcimento per danni immateriali per il trattamento - di solito non perfetto - dei suoi dati.

Se sia infine opportuno che da una parte il datore di lavoro debba intervenire in merito alla GDPR-Compliance, e dall'altra se il dipendente possa far valere una corrispondente richiesta di risarcimento danni, dovrà essere certamente valutato da un avvocato.

**Schrems II - Privacy Shield insufficiente - WhatsApp inammissibile**

Come avrete sicuramente già appreso dai vari media, la Corte di Giustizia Europea ha stabilito con

sentenza del 24.7.2020 nella causa C 311/18 che le norme americane sulla protezione dei dati, cd. "Privacy Shield", non soddisfano lo standard di protezione europeo, per cui il trasferimento dei dati verso gli Stati Uniti viola il diritto europeo imperativo ove i provider non possono garantire il rispetto delle norme sulla privacy. Poiché molti server sono gestiti negli Stati Uniti, l'intero settore dell'elaborazione dati si trova ad affrontare una vera e propria sfida. Non è sufficiente che gli interessati acconsentano al trasferimento dei dati negli Stati Uniti, poiché la legge federale statunitense prevede un diritto di accesso da parte di tutte le autorità senza che l'interessato possa opporsi.

Una conseguenza pratica per gli avvocati, ma anche per gli altri fornitori di servizi che elaborano i dati, è che la comunicazione via WhatsApp tra avvocato e cliente potrebbe non essere più consentita. Tutti i server WhatsApp - che appartiene a Facebook - si trovano negli Stati Uniti.

## NEUES AUS DEM ALL (UND JAPAN)

### Herr Noguchi im All

Am 16. November 2020 ist die Mission SpaceXCrew-1 zur ISS gestartet: An Bord ist auch Soichi Noguchi. Herr Noguchi, ein aus Yokohama stammender Ingenieur, ist der erste nicht-amerikanische Astronaut, der an einer kommerziellen Raummission teilnimmt. Er hat dadurch sowohl die Glückwünsche von Donald Trump wie auch von Joe Biden entgegennehmen dürfen (das war der einzige Punkt, in dem sich die beiden in letzter Zeit einig waren).

Die Politik der multilateralen Beziehungen zählt sich für Japan aus; es verzeichnet einen Rekordzuwachs beim Bruttosozialprodukt und ist Gastgeber der Olympischen Spiele im nächsten Jahr.

Nachdem die erste Handelsvereinbarung mit China unterzeichnet ist (das RCEP Freihandelsabkommen, das mit 14 anderen Staaten in Hanoi an dem Tag vor dem Raketenstart unterzeichnet wurde) übernimmt Japan, die drittgrößte Industrienation der Welt und verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten, eine Aufgabe als *trait-d'union* zwischen dem chinesischen Koloss und zwei Mitgliedern des Commonwealth, Australien und Neuseeland.

Wenn wir die Zukunft nach der Pandemie in Auge haben, empfiehlt es sich, mit großer Aufmerksamkeit Japan zu verfolgen mit den Chancen, die sich aus den Beziehungen mit seinen Einrichtungen und seinen Unternehmen ergeben. RS

*Parallel zum Start der Raketenmission von Noguchi startet auch unsere Kanzlei ein japanisches Projekt. Wir bieten die Vertretung von japanischen Mandanten in Europa und dabei vor allen Dingen in Italien und Deutschland an und sind in der Lage (nicht alle!), Schriftverkehr in japanischer Sprache zu führen.*

野口聡一のミッションが始まりました。  
我々もヨーロッパ、特にイタリアとドイツにおいて、日本の顧客の経営法務に焦点を当てたプロジェクトを立ち上げています。  
当事務所は、日本語での通信も受け付けております。  
お気軽にご相談ください。

## ULTIME DALLO SPAZIO (E DAL GIAPPONE)

### Headline

Il 16 novembre 2020 Soichi Noguchi è partito con la missione SpaceX Crew-1 per raggiungere la stazione spaziale internazionale dove trascorrerà un periodo di sei mesi. L'ingegnere nato a Yokohama e appartenente alla giapponese JAXA è il primo astronauta non americano a partecipare ad una missione con un veicolo spaziale commerciale americano. Ha così, insieme ai colleghi, ricevuto le congratulazioni sia di Donald Trump sia di Joe Biden (forse l'unica cosa su cui i due leader sono mai stati d'accordo).

Il multilateralismo è da molto tempo una scelta vincente per il Giappone, che accanto alla gestione da primato della crisi pandemica (meno di duemila decessi senza imporre lockdown) festeggia oggi un incremento record del PIL e si prepara ad accogliere finalmente le olimpiadi.

Con la firma del primo accordo commerciale che lo vede partner della CINA (il RCEP, firmato insieme a altri quattordici paesi ad Hanoi proprio il giorno prima del lancio degli astronauti) il Giappone, terza economia del mondo e saldo alleato e partner economico degli Stati Uniti, assume oggi anche il ruolo di *trait-d'union* fra il colosso cinese e due membri del Commonwealth come Australia e Nuova Zelanda. Dal 1° febbraio 2019 era già in vigore l'accordo di partenariato economico (APE) fra Unione Europea e Giappone, fino alla firma del RCEP la più importante zona di libero scambio del mondo.

Pensare al futuro dopo la pandemia significa anche guardare con molta attenzione al Giappone e alle nuove opportunità che deriveranno dai rapporti con le sue istituzioni e imprese. Per questo motivo il nostro Studio ha aperto un settore di intervento dedicato al Giappone, che comprende le necessarie competenze linguistiche e culturali per rappresentare al meglio clienti provenienti da quel territorio. RS

*Con l'inizio della missione di Soichi Noguchi il nostro studio avvia un progetto dedicato al Giappone. In una prima fase ci dedicheremo alla rappresentanza di clienti giapponesi in Europa e soprattutto in Italia e Germania.*

*Da subito siamo in condizione di ricevere e inviare corrispondenza in lingua giapponese!*

## DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

[www.dolcelauda.com](http://www.dolcelauda.com)

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main  
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano  
Tel: +39 02 76 28 10 29 · email: [dlmi@dolce.it](mailto:dlmi@dolce.it)

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena  
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: [dlmo@dolce.it](mailto:dlmo@dolce.it)

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart  
Tel: +49 711 236 42 91 · email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München  
Tel: +49 89 599 186 26 · email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Via Amendola 104 · I-70126 Bari  
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: [diba@dolce.it](mailto:diba@dolce.it)

## JUBILÄUM! SCHREIBEN SIE UNS!

Die nächste Ausgabe wird der 50. Mandantenbrief sein. Wir würden gerne das Jubiläum mit einer öffentlichen Redaktionssitzung im Grünen und gutem Catering feiern, zu der wir alle unsere Leser einladen möchten. Ob dies möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Wir würden uns aber in jedem Fall freuen, wenn wir von unseren Lesern Beiträge, Zuspruch, Durchhalteparolen oder auch Kritik erhalten würden; ob emeritiert oder gerade immatrikuliert, wir freuen uns über jeden Gruß. Wir hoffen dann in der Lage zu sein, eine besondere Ausgabe herauszubringen, beispielsweise mit einem Bericht zur Frage, ob sich im deutsch-italienischen Rechtsverkehr in den letzten 20 Jahren etwas verändert hat und wenn ja was und wenn nein warum.

Liebe Grüße – Die Redaktion

## GIUBILEO! SCRIVETECCI!

Il prossimo numero sarà la 50a lettera dai clienti. Vorremmo festeggiare l'anniversario con una riunione di redazione pubblica in un ambiente verde fresco e un buon catering, al quale vorremmo invitare tutti i nostri lettori. Resta da vedere se questo sarà possibile.

In ogni caso, saremmo lieti di ricevere contributi, incoraggiamenti, slogan di perseveranza o anche critiche da parte dei nostri lettori; sia che siano sapienti emeriti o studenti alle prime leve, saremo felici di ricevere ogni commento. Speriamo poi di poter pubblicare un'edizione speciale, per esempio con un report sulla questione se qualcosa è cambiato nei rapporti giuridici italo-tedeschi negli ultimi 20 anni e, in caso affermativo, cosa, altrimenti, in caso negativo, perché.

Cordiali saluti – La redazione

## BREAKING NEWS

### Rimborso Pedaggio in Germania

Secondo una sentenza della Corte di Giustizia del 28.10.2020 (C- 321/19), la voce "polizia stradale" ricompresa nei costi per l'infrastruttura del pedaggio richiesto (e pagato) dagli autotrasportatori sulle autostrade tedesche contrasta con il dettame del diritto; è ora possibile richiedere il rimborso. Per il pedaggio del 2017 è necessario presentare la domanda di rimborso entro il 31.12.2020 per salvare la prescrizione. Per ulteriori informazioni si prega di contattare l'avvocato Marilena Bacci: [m.bacci@dolce.de](mailto:m.bacci@dolce.de).